

INFOPERU81

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

Inhaltsverzeichnis

1. [Editorial No 81 \(Hildegard Willer\)](#)
2. [Bisher schwerste Regierungskrise – der Anfang vom Ende ? \(Andreas Baumgart\)](#)
3. [Jugend in Aktion – die Ölpest von Ventanilla \(Katty Gualinga/Leon Mayer zu Ermgassen\)](#)
4. [Fotogalerie: Erdölkatastrophe vor Lima \(Luisenrique Becerra/Michele Stebler\)](#)
5. [Im Namen der Freiheit? \(Anna Kohte\)](#)
6. [Offener Brief an die Friedrich-Naumann-Stiftung](#)
7. [Gefährliche Umarmung \(Heinz Schulze\)](#)
8. [Kurz gemeldet Februar 2022](#)
9. [Klimawandel und Umweltzerstörung fördern Gewalt gegen Frauen \(Eva Tempelmann\)](#)
10. [Deutsch-Norwegischer Klimafonds für indigene Territorien in Peru \(Annette Brox/Aramis Castro\)](#)
11. [„Klimafinanzierung muss auch politische Prozesse begleiten“ \(Hildegard Willer/Aramis Castro\)](#)
12. [8 Unternehmen bestimmen das Geschäft mit der Gesundheit \(Annette Brox/Elizabeth Salazar\)](#)
13. [„Ich bin nur die Vermittlerin“ \(Daniela Zambrano/Elisa Bemmerl\)](#)
14. [Eine gemeinsame Sprache zwischen Bayern und Regenwald \(Trudi und Heinz Schulze\)](#)
15. [Acht Jahre Freihandelsabkommen der EU mit Kolumbien und Peru \(Jimi Merk\)](#)
16. [ISP-News Februar 2022](#)
17. [Ankündigungen und Hinweise](#)

1. Editorial No 81

Liebe Leserin, lieber Leser,

diesen Sommer trägt das Meer vor der Küste Limas Trauer. Während endlich der Sommer eingezogen ist an der peruanischen Küste, und die zurückgehenden Corona-Zahlen sowie die großen Sommerferien zum Baden einladen, macht ein Erdölunglück vor der Küste Limas diese Freuden zunichte. Am 15. Januar brach das Rohr, mit dem der Tanker Mare Doricum das aus Brasilien transportierte Erdöl in die Raffinerie Pampilla im Norden Limas schickte. An die 12 000 Barrel Erdöl flossen ungehindert ins Meer und verschmutzten Strände, zerstörten das Leben von Seevögeln, Fischen und unzähligen Meereslebewesen.

Die Betreiberin der Raffinerie, der spanische Konzern Repsol, behauptete zuerst, dass durch den Vulkanausbruch im fernen Tonga erfolgter hoher Wellengang an dem Unglück Schuld sei. Diese Version wurde jedoch von Seglern, die zur gleichen Zeit und Ort wegen einer Flaute ihre Regatta nicht abhalten konnten, in Frage gestellt. Letzte Woche veröffentlichte [Fotos](#) von verrosteten Rohren nähren diese Zweifel und deuten auf fehlende Wartung durch Repsol hin.

Repsol reagierte spät und unzureichend auf den Unfall und setzte erst nach und nach die Nothilfemaßnahmen in Gang. Vor der Raffinerie in Pampilla protestierten jugendliche Umweltschützer aus ganz Lima ebenso wie die Fischer und kleine Geschäftsleute, die nun ohne Arbeit und Einkommen sind. In dieser Ausgabe finden Sie Fotos von Luisenrique Becerra, aufgenommen am besonders in Mitleidenschaft gezogenen Strand von Caveró, sowie das Zeugnis eines jungen Umweltschützers aus Ventanilla, der zu einem der Köpfe der Proteste wurde.

Einen Monat nach dem Ereignis ist die Katastrophe weitestgehend aus den peruanischen Medien verschwunden. Die Folgen für die Menschen und die Tierwelt an der Küste werden noch monatelang wenn nicht sogar jahrelang anhalten.

Es wäre zu hoffen, dass dieser Unfall eine ernsthafte Diskussion in Politik und Gesellschaft in Gang bringt, ob und wieviel Erdöl Peru wirklich braucht und wie Alternativen aussehen könnten. Doch die peruanische Politik, Exekutive ebenso wie die Legislative, bleibt in ihrer Dauerkrise gefangen und vermag es nicht, den Blick auf längerfristige, uneigennützige Themen zu richten. Über die jüngsten politischen Ereignisse können Sie in diesem InfoPeru lesen, ebenso wie darüber, wie eine deutsche politische Stiftung in Peru für negative Schlagzeilen sorgte.

Hoffnung geben die vielfältigen Initiativen und Kampagnen, an denen sich die Infostelle aktiv beteiligt. Vergessen Sie nicht, sich für das Peru-Seminar vom 29. April bis 1. Mai in Köln anzumelden. An einigen Vorträgen können Sie auch online teilnehmen.

Hildegard Willer

Redakteurin InfoPeru



Das Kabinett von Premierminister Hector Valer - im Bild links von Präsident Castillo - hat seine Ämter nie angetreten.
©Andina/Presidencia

2. Peru: Bisher schwerste Regierungskrise – Der Anfang vom Ende?

Pedro Castillo ist seit sieben Monaten im Amt und hat bereits drei Kabinette verbraucht. Andreas Baumgart seziert die Hintergründe einer chaotischen Amtsführung.

Am 1. Februar vereidigte der peruanische Präsident *Pedro Castillo* ein neues Kabinett, nachdem zunächst Innenminister *Avelino Guillén* und kurz darauf die bis dahin amtierende Premierministerin *Mirtha Vásquez* ihren Rücktritt eingereicht hatten. 10 Minister*innen wurden ausgetauscht, darunter der weithin anerkannte Minister für Wirtschaft- und Finanzen, *Pedro Francke*, die fortschrittliche Frauenministerin *Anahí Durand*, beide von der linken Partei *Nuevo Perú* und der Umweltminister *Rubén Ramírez*, inmitten der durch die Repsol-Ölpest ausgelösten Umweltkrise.

Pedro Francke wurde durch den neoliberal ausgerichteten Volkswirt *Óscar Graham* ersetzt, der sowohl im öffentlichen als auch privaten Sektor Expertise aufweist und schon mehreren Regierungen gedient hat. An die Stelle von *Anahí Durand* trat die wertekonservative, religiös geprägte *Katy Ugarte Mamani* von *Peru Libre*. Sie bezeichnet den Gender-Standpunkt, den sie nur vom Hörensagen kennt, als eine „Verzerrung von Werten“. Sie verkehrt in den

ultrakonservativen Kreisen von „pro familia“ und hat kürzlich im Bündnis mit den konservativen und rechtsradikalen Kreisen der Opposition einen Gesetzesentwurf in die Wege geleitet, um alle modernen Lerninhalte aus den Grundschulbüchern zu verbannen. Ihre Ernennung hat den Rücktritt aller Vizeministerinnen und hohen Funktionär*innen im Frauenressort ausgelöst.

Minister werden aus dem Nichts

Der in der Ölpest wenig kompetent agierende bisherige Umweltminister *Rubén Ramírez* wurde durch *Wilber Dux Supo Quisocala* von Peru Libre ausgetauscht, der keinerlei Expertise in Umweltfragen aufweist. Dies angesichts einer Ölpest an der Küste, den enormen Umweltproblemen in den Minen- und Regenwaldgebieten und der globalen menschengemachten Klimaerhitzung. Seine Ernennung hat zum sofortigen Rücktritt des Umweltexperten und Vizeministers *Mariano Castro Sánchez-Moreno* geführt. Die Ombudsstelle „Defensoría del Pueblo“ hat ihre Bedenken gegen die Ernennung angemeldet. Ich erinnere hier an die nicht vorhandene Umweltorientierung von Peru Libre und deren verständnisvolle Haltung gegenüber informellen und illegalen Aktivitäten, die besonders in den Regenwald- und Minengebieten verheerende Auswirkungen haben.

Der neue Kulturminister *Alejandro Salas Zegarra* weist ebenfalls keinerlei Expertise für sein Ressort auf.

Der bisherige Innenminister *Avelino Guillén* – in Peru hoch angesehen, weil er als Staatsanwalt Alberto Fujimori hinter Gitter brachte – wurde durch den ehemaligen Polizeioffizier *Alfonso Gilberto Chavarri Estrada* ersetzt, der bislang einige staatliche Ämter bekleidete. In seiner Zeit als aktiver Polizist führte er u.a. ein Bataillon der berüchtigten Antiterrorereinheit „Sinchis“, die 1988 aufgelöst wurde. Er kommt, wie Castillo, aus Cajamarca und ist eng mit der „Castillo-Fraktion“ der Rondas Campesinas verbandelt. Er soll wegen *Amtsmissbrauch und illegalem Drogenhandel* vorbelastet sein. *Er wird die wohlwollende Brücke zwischen dem „Inner Circle“ Castillos und den korrupten Führungskreisen in der Polizei schlagen. Diese Personalie, die Castillo als Alternative zu Guillén vorgeschlagen hatte, war der letzte Anlass für den Rücktritt der Premierministerin Mirtha Vasquez.*

Ein Premierminister, der Frauen schlägt

Mit der Ernennung von *Héctor Valer Pinto* zum Premierminister hat *Castillo* wahrlich den Vogel abgeschossen, anders kann man das nicht ausdrücken. Dessen Curriculum sprengt jede Vorstellungskraft. Innerhalb von drei Tagen überschlugen sich die Informationen über seine finstere Vergangenheit. Politisch ursprünglich Aprist, wanderte er erfolglos durch einige programmatisch unterschiedliche Parteien und landete schließlich auf einem aussichtsreichen Listenplatz bei der Partei *Renovación Popular* des Klerikalfaschisten *López Aliaga*. Nach seinem

Einzug ins Parlament verließ er sogleich die Fraktion, wechselte zu *Somos Peru/Morados* und schloss sich nun der kürzlich gegründeten Fraktion *Perú Democrático* an. Diese wurde größtenteils durch abtrünnige Abgeordnete *Peru Libres* unter der Führung des orthodoxen Marxisten-Leninisten *Guillermo Bermejo* gegründet. *Valer*, der in seinen APRA-Zeiten den Spitznamen „Loco Valer“ („verrückter Valer“) trug, ist immer wieder durch seinen Hang zur Gewalttätigkeit aufgefallen. Wegen körperlicher Gewalt gegen seine Frau und Tochter wurde ermittelt. Ein Gericht ordnete Maßnahmen zu deren Schutz an. Auch andere Frauen soll er mit frauenfeindlichen Äußerungen beleidigt und eine Psychologin bei einem Aufnahmetest körperlich angegriffen haben. Im Wahlkampf 2016 postete er auf Facebook gefälschte Bilder, auf denen Veronika Mendoza und andere weibliche Politikerinnen spärlich bekleidet zu sehen sind. Darüber hinaus ist er durch eine hohe Steuerschuld und unbezahlte Mieten belastet. Wegen Korruption ist in Ucayali ein Verfahren gegen ihn anhängig. Während seiner APRA-Mitgliedschaft zu Zeiten der Regierung *Alán Garcías*, versuchte er in dessen Auftrag eine parallele indigene Organisation gegen AIDSEP aufzubauen, der indigenen Organisation, die mehr als 1800 Gemeinden vertritt. Damit sollte u.a. ermöglicht werden, die Repression beim „Baguazo“ zu legitimieren. Bis heute bezeichnet *Valer* indigene Gemeinden als Großgrundbesitzer, die die Wirtschaft des Landes ausbremsen würden. Die kommunalen Ländereien sollten daher in individuelles Privateigentum überführt werden. Als Kandidat von *Renovación Popular* rief er vor der zweiten Wahlrunde medial dazu auf, *Castillo* nicht zu wählen, um den „Kommunismus“ in Peru zu verhindern. In seiner letzten skurrilen Pressekonferenz drohte er dem Parlament die Auflösung an, sollte sein Kabinett im Kongress nicht das Vertrauen ausgesprochen bekommen. Niemand kann sich so richtig erklären, wie dieser Mann Premier werden konnte und niemand hat sich bisher als Vorschlagender geoutet.

Valer tritt zurück, noch bevor er loslegen konnte

Valers Ernennung hat für einen parteiübergreifenden Sturm der Empörung gesorgt. Aus allen Bereichen der zivilgesellschaftlichen Gruppen wird seine sofortige Entlassung gefordert. Die Frauenbewegung fordert ebenfalls die sofortige Entlassung der neuen Frauenministerin und aller frauenfeindlicher Minister*innen. 32 weibliche Abgeordnete fast aller Fraktionen haben eine gemeinsame Petition unterzeichnet. Am Wochenende vom 4./5. Februar ist es zu ersten Kundgebungen der Frauenbewegung in Lima gekommen. Gleichzeitig lehnte das Parlamentspräsidium die Durchführung der Vertrauensabstimmung im Kongress ab, die *Valer* übereilt noch für den Samstag beantragt hatte.

Nun dermaßen unter Druck geraten, sah sich *Castillo* am Abend des 4. Februar genötigt, die Ernennung eines neuen Kabinetts anzukündigen. Es wäre dann das vierte während seiner sechsmonatigen Amtszeit. Er versprach weitere Zugeständnisse an die Opposition und rief zur Überwindung ideologischer und politischer Differenzen auf, um gemeinsam für das Land zu arbeiten. Mit Spannung wird nun erwartet, wer neuer Premier wird und welche Minister*innen nach nur wenigen Tagen im Amt erneut ausgetauscht werden. *Valer*, der zunächst die

Rücktrittsforderungen entschieden ablehnte, hat nach nur 4 Tagen am 05.02. seinen Posten zu Verfügung gestellt. Unbelehrbar bezeichnete er alle gegen ihn erhobenen und beweiskräftigen Anschuldigungen als Lügen bestimmter Mediengruppen, die ihn „niedergemäht“ hätten.

Ein Bündnis zwischen linken und rechten Konservativen

Die Bildung des dritten Kabinetts unter Führung von *Valer* stellte den Versuch *Castillos* dar, einerseits *Peru Libre*, die Partei, durch die er an die Macht kam und von der er sich zwischenzeitlich stark entfernt hatte, zu besänftigen und andererseits starke Zugeständnisse an die konservative bis rechtsradikale Opposition zu machen. Zudem wird die Regierung die wenigen liberalen modernen Linken los, die Präsident Castillo, dessen Beraterstab und *Peru Libre* wegen ihrer konsequenten Reformhaltung schon länger ein Dorn im Auge waren. Viele politische Kommentator*innen sprechen von einem „Rechtsruck“, einer „konservativen Wende“ oder einer „Humalización“, in Anlehnung an den Wandel der damaligen Regierung Humala, die als Mitte-Links-Bündnis antrat, um kurze Zeit später auf eine neoliberale Politik umzuschwenken. In [früheren Artikeln](#) hatte ich *Peru Libre* und *Castillo* schon als Ausdruck eines „Andinen Populismus“ bezeichnet und auf den ausgeprägten kulturellen Konservatismus, *Castillos* Vorliebe für privates Entrepreneurium sowie die ausgeprägte Korruptionsanfälligkeit der Partei *Peru Libre* hingewiesen. Daher interpretiere ich die aktuelle Entwicklung weniger als „Rechtsruck“, sondern eher als das, um es einmal hegelianisch auszudrücken, „zu sich kommen“ einer schon angelegten Bestimmung. Es fehlte nur noch die Abstoßung der linksliberalen Kräfte.

Was zuvor geschehen war: entlässt Castillo den korrupten Polizeichef?

Mitte Januar informierte Innenminister *Avelino Guillén* den Präsidenten über ungewöhnliche Vorgänge innerhalb der Polizei, die auf Korruption in großem Stil und eine gezielte Untergrabung der Korruptionsbekämpfung hindeuteten. Die Anzahl an Versetzungen, Entlassungen und Beförderungen war auffallend hoch und Rangfolgen wurden dabei übergangen. Zum einen wurden offenbar Beförderungen bis zum Generalsrang und Versetzungen in ruhigere Kommissariate mit „Beiträgen“ von 5000 Soles bis zu 25 000 Dollar erkaufte. Oberst *Edward Zorrilla*, der Chef der Personalabteilung, führte im Auftrag des Polizeichefs General *Javier Gallardo* allein in Lima 1600 Wechsel, Beförderungen und Entlassungen durch. Üblich waren bis dahin 10 bis 15 monatlich. Noch schwerer wiegt, dass viele dieser von Polizeichef *Gallardo* angeordneten Personalentscheidungen gezielt auf die Schwächung und Zersetzung der Sondereinheiten abzielten, die seit längerem die großen Korruptionsskandale untersuchen und die Justiz mit entsprechender Information versorgen. Einige Staatsanwaltschaften hatten sich an *Guillén* gewendet, weil sie befürchteten, wichtige Informationen für Verfahren nicht mehr einholen zu können.

Als Innenminister *Guillén* von Präsident *Castillo* deswegen die Entlassung des korrupten Polizeichefs und anderer verstrickter Offiziere forderte, ließ *Castillo* seinen Innenminister im Regen stehen. Er reagierte zwei Wochen lang nicht auf die Anfrage. *Guillén* reichte daraufhin seinen Rücktritt ein.

Am 27. Januar veröffentlichte die Rechercheplattform IDL-Reporteros einen [umfangreichen Bericht](#) über die Machenschaften innerhalb der Polizei und deckte die Verbindungen der verdächtigen Offiziere in Kreise des direkten Berater-Umfelds von *Castillo*, zu Politikern von *Peru Libre* und Personen aus oppositioneller Kreisen auf. Sie alle vereint das Interesse, die gegen sie laufenden Korruptionsverfahren zu unterminieren und möglichst einstellen zu lassen. Gestärkt durch den Rückhalt des Präsidenten, widersetzte sich Polizeichef *Gallardo* den Anordnungen von Innenminister *Guillén*, bestimmte Versetzungen und Beförderungen zurückzunehmen.

Am 28. Januar reichte *Guillén*, der als ehemaliger Oberstaatsanwalt in Peru großes Ansehen genießt und als nicht korrumpierbar bekannt ist, seinen unwiderruflichen Rücktritt ein. Daraufhin griff Premierministerin *Mirtha Vásquez* ein, erklärte ihren Rückhalt für *Guillén* und forderte den Präsidenten auf, *Guillén*'s Forderung, *Gallardo* und weitere Offiziere zu entlassen, nachzukommen. *Castillo* bat *Mirtha Vásquez* hingegen, *Guillén* von einer Versetzung ins Justizministerium zu überzeugen und der Ernennung des belasteten *Chavarri* zum Innenminister zuzustimmen. Dies brachte das Fass zum Überlaufen. *Vásquez* reichte kurz nach dem Gespräch am Montag den 31. Januar ihren Rücktritt ein.

Vásquez betont in ihrem öffentlich gemachten [Rücktrittschreiben](#), dass ein „kritischer Moment“ erreicht sei. *„Die Krise im Bereich des Innenministeriums ist nicht irgendein Problem, sondern Ausdruck eines strukturellen Problems der Korruption auf verschiedenen Ebenen des Staates, das uns seit geraumer Zeit trifft und dem wir nun entschlossen entgegenzutreten müssen“*.

„Ich bezweifle (daher), dass es möglich ist, Fortschritte bei anderen wichtigen Veränderungen in anderen Bereichen zu erzielen.“

Ehemalige Minister*innen enthüllen: ein Schattenkabinett zweifelhafter Berater

Am 01. Februar folgte ihr *Carlos Jaico*, Generalsekretär des Präsidenten. Er begründete seinen Rücktritt mit dem schädlichen Einfluss einer intimen Gruppe von Beratern auf *Castillo*, die ein „Kabinett im Schatten“ bilden würden, welches die Regierbarkeit und Stabilität des Landes gefährde. Er beklagt die Abwesenheit eines geregelten Arbeitssystems und eine Unordnung, die zu schweren Entscheidungsfehlern führen und Raum für Korruption schaffen könnte. In seinem [Schreiben](#) heißt es: *„Der Mangel an Visionen und plötzliche Änderungen ohne Begründung sowie der Mangel an Koordination und Transparenz haben meine Amtszeit unhaltbar gemacht.“*

„Mit ihrer Zustimmung haben Sie es vorgezogen, sie (diese Berater) zu behalten und diesen Weg der unberechenbaren Entscheidungen fortzusetzen, der zu einer schweren institutionellen Krise geführt hat“.

Die zahlreichen Interviews von *Guillén*, *Vásquez* und *Jaico* geben erstmals detaillierte Einblicke in die Arbeitsweise *Castillos* und dessen Umfeld. Die Gruppe enger Berater, die er um sich geschart hat und der er offenbar blindlings vertraut, ist bei allen Sitzungen mit dabei und meistens hält er sich unter ihnen auf. Treffen und Koordination mit Minister*innen und selbst seinem Generalsekretär gibt es kaum, es sei denn in Anwesenheit der Berater. Diese [„informelle“ Berater-Regierung](#), deren Mitglieder keinerlei offizielle Ämter ausüben, wird wohl von *Biberto Castillo León*, alias „Beto“ angeführt, einem Mann mit trüber Vergangenheit. Einige munkeln, der peruanische Präsident hieße gar nicht *Pedro*, sondern *Biberto Castillo*. *(Mehr Informationen zur Beratergruppe erhalten Sie über die unten angefügten Link)*.

Lieber ein Bad in der Menge als ein Treffen mit seinen Minister*innen

Mirtha Vásquez, die Minister*innen, der Generalsekretär, die Parteien *Peru Libre*, *Nuevo Peru* und *Juntos por el Peru* hatten kaum direkten Zugang zu *Castillo*, da sich der Präsident Begegnungen gerne entzog und vorzugsweise auf Kundgebungen, Begehungen und Einweihungen in die Provinzen fuhr. Zuletzt sah man ihn mit strahlendem Lächeln in freundschaftlicher Umarmung mit *Jair Bolsonaro*.

Seine Beratergruppe intrigierte, übte Druck auf Minister für gewogene Postenbesetzungen aus, bewirkte Kündigungen bewährter Funktionäre und spannte offenbar ein Korruptionsnetz zur Begünstigung von Unternehmen. Bisher ist noch nicht klar, ob sich *Castillo* nicht schon persönlich der Korruption schuldig gemacht hat. Der Kongress wird eine Untersuchungskommission bilden. Die Präsidentin der Generalstaatsanwaltschaft, *Zoraida Ávalos*, hat am Dienstag ein Ermittlungsverfahren gegen *Castillo* wegen Einflussnahme und geheime Absprachen über staatliche Aufträge zugunsten von Unternehmen eingeleitet.

Ob *Castillo* zwischenzeitlich sein informelles „Schattenkabinett“ aus dubiosen Beratern auflöst und zu einer formelleren, transparenten Zusammenarbeit mit den Minister*innen des künftigen, **vierten** Kabinetts findet, ist schwer zu sagen. Viel hängt davon ab, wo er sich am besten aufgehoben fühlt und wer ihm die Fortsetzung seiner Amtsführung am ehesten ermöglicht.

Linksliberale Kräfte setzen sich von Castillo ab

Die linksliberalen Kräfte, die für *Castillo* tätig waren oder dessen Politik bislang „kritisch“ unterstützt hatten, sind nun in der Opposition. Sie alle, wie auch viele politischen Kräfte der liberalen Mitte, des Feminismus und zahlreiche zivilgesellschaftliche Gruppen, betonen

ausdrücklich, dass sie keinerlei Gemeinsamkeiten mit den verschiedenen Fraktionen des rechten Lagers aufweisen, geschweige denn mit ihnen zusammenarbeiten werden und sich ebenso wenig an putschistischen Aktionen gegen Castillo beteiligen werden. Noch wird die Politik *Keikos*, *Aliagas* und Co. als weitaus gefährlicher für die Freiheit und die angestrebten gesellschaftlichen Veränderungen angesehen. Aber immer mehr Menschen aus linken, feministischen, indigenen und zivilgesellschaftlichen Kreisen fordern und hoffen nun auf einen Rücktritt des Präsidenten.

Castillo wird in den nächsten Tagen ein neues Kabinett zusammenstellen, das weitere Zugeständnisse an die oppositionellen Kräfte machen wird. Ob dieses vierte Kabinett die putschistische Opposition besänftigen und genügend Abgeordnete für die Unterstützung der Regierungsarbeit gewinnen kann, ist dennoch fraglich. Zu groß sind die kulturellen, rassistischen und schichtspezifischen Vorurteile der Eliten. Welche politischen und persönlichen Metamorphosen *Castillo* auch durchlaufen mag: für sie bleibt er ein zum „Fremdschämen“ minderwertiger Provinzler, der des Amtes nicht würdig ist. Ob *Castillo* angesichts des geschrumpften Rückhalts von links und allgemein sinkender Popularität von sich aus zurücktritt oder ob er so lange am Amt festhält, bis er gehen muss, wird sich schon bald zeigen.

Andreas Baumgart, 05.02.2022

Update vom 17.02.2022

Am 8. Februar trat Anibal Torres, ein 79-jähriger Verfassungsrechtsprofessor, das Amt des Premier an. Seit August war er bereits Justizminister. Torres stammt, wie Präsident Castillo, ursprünglich aus der Provinz Chota in Cajamarca. Ein paar weitere Minister wurden ausgewechselt, so der völlig unbedarfte Umweltminister Wilber Dux Supo. Andere umstrittene Minister, wie der Verkehrsminister Silva, blieben im Amt. Im neuen Kabinett ist der Einfluss von Parteichef Vladimir Cerron – einem linken Hardliner – stärker geworden. So wurde der erfolgreiche Gesundheitsminister Hernan Cevallos gegen einen Parteigänger Cerrons ausgetauscht, der in Junin als Verkäufer angeblicher Wundermittel von sich reden machte.

Am 8. März muss der Kongress das neue Kabinett absegnen. (*H. Willer*)

Interessante Links:

- *Tweet von Mirtha Vásquez mit ihrer Rücktrittserklärung:*
<https://twitter.com/MirtyVas/status/1488254087955111938>
- *Interview Castillos mit Fernando del Rincón auf CNN:*
https://www.youtube.com/watch?v=Lp7QQ_XDPIg&t=19s
<https://redaccion.lamula.pe/2022/01/25/pedro-castillo-en-cnn-nunca-me-forme-para-politico-yo-no-fui-entrenado-para-ser-presidente/redaccionmulera/>

- Interview Castillos mit Lucar Nicolás Lúcar von "Hablemos Claro" auf Exitosa: <https://www.youtube.com/watch?v=JLzAGDdCAjw>
- César Hildebrandt über sein Interview mit Pedro Castillo: <https://www.youtube.com/watch?v=SQ6smkfYVrk>
- Der „Inner Circle“ von Castillo: <https://rpp.pe/politica/gobierno/el-entorno-cercano-de-pedro-castillo-quienes-son-los-asesores-del-presidente-envueltos-en-polemica-noticia-1384344>
- Veronika Mendoza geht auf Distanz zu Castillo: <https://larepublica.pe/politica/2022/02/02/veronika-mendoza-lamentablemente-al-final-perdimos-la-batalla/>
- Über Héctor Valer Pinto: <https://redaccion.lamula.pe/2022/02/02/hector-valer-fue-denunciando-por-su-esposa-e-hija-por-violencia-familiar-en-2017/redaccionmulera/>
<https://larepublica.pe/politica/2022/02/02/gastelumendi-sobre-valer-afrenta-una-investigacion-por-corrupcion/>
<https://peru21.pe/politica/hector-valer-facebook-pcm-pedro-castillo-los-indignantes-posts-de-hector-valer-en-facebook-donde-publica-falsos-desnudos-de-veronika-mendoza-noticia/>
<https://larepublica.pe/politica/2022/02/02/hector-valer-jose-luis-gavidia-ministro-de-defensa-minimiza-denuncia-de-violencia-familiar-contr-primer-ministro/>

3. Jugend in Aktion – die Ölpest von Ventanilla

Joseph Rosas engagiert sich für die Umwelt in Callao – auch schon vor der Erdölkatastrophe

Joseph Rosas Moloche ist Biologe und Aktivist aus Ventanilla, wo im vergangenen Januar 11.900 Barrel Rohöl ungefiltert in die Umwelt gelangt sind. Er ist Mitglied des Beirats der Kommission für andine, amazonische und afro-peruanische Völker, Umwelt und Ökologie des peruanischen Kongresses. Als Vorsitzender der Jugendorganisation "Ecosistemas Verdes" und Koordinator für Umwelt und nachhaltige Entwicklung des regionalen Jugendrates von Callao spielt er eine führende Rolle sowohl bei den Protesten gegen die spanische Erdöl-Firma REPSOL, als auch bei der Koordinierung der Unterstützung für die am meisten von der Ölkatastrophe Betroffenen.

Katty Gualinga hat mit ihm gesprochen.

Könntest Du für uns zusammenfassen, was in Ventanilla passiert ist?

“Der Ölunfall ereignete sich am 15. Januar während des Entladens von Rohöl von dem Tanker Marium Dorium auf die Raffinerie *La Pampilla*. Infolge der starken Wellen, die durch einen Unterwasser-Vulkanausbruch in Tonga ausgelöst wurden, sind 11.900 Barrel Rohöl ins Meer gelangt und haben die Menschen in und um Ventanilla sowie die im Meer und an den Küsten lebenden Tier- und Pflanzenarten schwer in Mitleidenschaft gezogen“.

Welche Maßnahmen wurden von dem verantwortlichen Unternehmen REPSOL und dem peruanischen Staat ergriffen?

“Die erste offizielle Mitteilung von REPSOL enthielt falsche Zahlen über die Menge des ausgelaufenen Öls. Die wenigen Mitarbeiter, die das Unternehmen mit den Aufräumarbeiten beauftragt hat, berichteten ebenfalls, dass sie die Situation unter Kontrolle hatten. Im Laufe der Tage wurde deutlich, dass die von REPSOL vorgelegten Informationen widersprüchlich waren.



Joseph Rosas Moloche, Umweltaktivist aus Lima – Ventanilla

Der peruanische Staat reagierte auf diese Tatsachen mit Maßnahmen der peruanischen Umweltbewertungs- und -kontrollbehörde (OEFA). Gegen das Unternehmen wurde ein Sanktionsverfahren eingeleitet und eine erste Geldstrafe verhängt. Außerdem ordnete die Justiz an, dass vier Vertreter*innen des Unternehmens die Ausreise für 18 Monate untersagt ist.

Sowohl das Unternehmen als auch der Staat haben es versäumt, in diesem Fall Sofortmaßnahmen zu ergreifen. Dies hat eine Welle der Kritik auf nationaler und internationaler Ebene ausgelöst”.

Welche Verbindung hast Du zu dem Fall?

“Angesichts dieser Tatsachen und der Untätigkeit haben wir beschlossen, verschiedene Proteste zu organisieren, um sowohl vom Staat als auch von REPSOL Transparenz bei den Ermittlungen und Reparationsarbeiten zu fordern. Wir fordern, dass dieser Katastrophe angemessene Aufmerksamkeit geschenkt wird, dass die Institutionen Verantwortung übernehmen und sich an einer sofortigen Lösung beteiligen.

Als “Ecosistemas Verdes” beteiligen wir uns an einer Plattform von Organisationen, auf der wir uns mit Nichtregierungsorganisationen und Institutionen abstimmen, um den betroffenen Menschen direkt zu helfen. In vielen Fällen erreicht die von REPSOL und dem Staat angebotene Unterstützung nicht die Menschen, die sie wirklich bräuchten. Bei diesen Verfahren werden in der Regel viele Mittel abgezweigt. Deshalb fordern wir auch Transparenz, damit die Mittel bei den wirklich Betroffenen, etwa den Fischer*innen, ankommen.“

Können wir von Deutschland aus helfen?

“Die Zivilgesellschaften in Ländern wie Deutschland können helfen, indem sie fordern, dass dringend Maßnahmen ergriffen werden, um solche Katastrophen zu verhindern.

Der Klimawandel fordert von uns als Weltgemeinschaft, historische Verantwortungen wahrzunehmen und dringend Maßnahmen zur Eindämmung globaler Umweltkrisen zu ergreifen.

Wir brauchen einen verantwortungsvolleren, auf ökologische Nachhaltigkeit ausgerichteten Konsum“.



Auch in Lima protestierten Aktivisten am 4. Februar gegen den spanischen Erdölkonzern Repsol. ©Hildegard Willer

Was sollten wir aus diesem Unglück lernen? Wie können wir uns auf künftige Fälle vorbereiten?

“Als eines der Länder mit der größten biologischen Vielfalt der Welt sind wir ein Teil der Lunge der Erde. Die Umweltauswirkungen, die in unserem Gebiet auftreten, betreffen alle.

Das Meer vor der peruanischen Küste ist eine wichtige Quelle für die Fischerei in der gesamten Region. Sie wird von der Ölpest stark betroffen sein.

Alle Ökosysteme müssen als miteinander verknüpfte Systeme verstanden werden. Die Beeinträchtigung oder Zerstörung eines Ökosystems hat zweifellos Auswirkungen auf die umliegenden Ökosysteme und damit auf die gesamte biologische Vielfalt der Region.

Der Fall Ventanilla muss uns eine Lehre für die Zukunft sein. So wie es hier geschieht, geschieht es auch oft im Amazonasgebiet. In Peru werden Ereignisse, die außerhalb der Hauptstadt stattfinden, selten wahrgenommen. Wir brauchen starke Behörden, um ernsthafte Maßnahmen für diese Art von Katastrophen zu ergreifen.

Vielen Dank für Deine Zeit und Dein Engagement, Joseph.

*„Am Freitag, den 4. Februar, gab es weltweite Demonstrationen, um einen anderen Umgang mit solche Fällen wie dem in Peru zu fordern. Die Infostelle Peru hat an einer Demonstration in Berlin teilgenommen, die von der peruanischen Gemeinschaft in Berlin zusammen mit mehreren Umwelt-NGOs organisiert wurde. Die Demonstrierenden überreichten Vertreter*innen der spanischen und norwegischen Regierung sowie der Europäischen Kommission Forderungspapiere. Wir fordern, dass die Heimatstaaten internationaler Ölkonzerne ihre Unternehmen in die Pflicht nehmen; dass die Staaten und die Unternehmen selbst eine verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik betreiben.“*

Leon Meyer zu Ermgassen, Infostelle Peru e.V.



Demo gegen Repsol in Berlin ©Leon Meyer zu Ermgassen

4. Fotogalerie: Erdölkatastrophe vor Lima

Spanische Ölfirma Repsol ist für Jahrhundertölkatastrophe an peruanischer Küste verantwortlich

Die Ölkatastrophe an der Küste Ventanillas, ausgelöst durch eine auslaufende Erdölraffinerie des spanischen Konzerns Repsol, erreicht gerade internationale Aufmerksamkeit und Erschrecken. Doch es ist nicht die erste und wird leider auch nicht die letzte Umweltkatastrophe sein, die in den letzten Jahren Perus Ökosysteme und seine Bevölkerung erreicht haben – egal, ob an der Küste, im Gebirge oder im Regenwald. Daher fordert die Koordination ausländischer Institutionen der internationalen Zusammenarbeit (kurz COEECI) in einer [Erklärung](#), dass die durch extraktivistische Aktivitäten und fehlende Mindestanforderungen zum Umwelt- und Bevölkerungsschutz entstandenen ökologischen und sozialen Schäden sanktioniert und wiedergutmacht werden sollen. Sie prangert vor allem die EU und ihre Mitgliedsstaaten an, deren transnationale Konzerne sich nicht an die UN-Leitsätze für eine menschenrechtsorientierte Wirtschaft halten. So verhindert die EU keine Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden durch europäische Konzerne in Drittländern, obwohl sie dazu verpflichtet ist.

Daher drängt die COEECI auf eine Verabschiedung rechtsverbindlicher Verträge im Rahmen der UN, in denen diese Unternehmen einschließlich ihrer globalen Produktionsketten gesetzlich geregelt werden. So hofft sie, dass aktuelle Schäden an Menschen und Natur entschädigt und kommende Schäden verhindert werden können.

Schließt Euch der Forderung an, dass Repsol die Verantwortung für die Öl-Katastrophe an der peruanischen Küste übernimmt und einen Notfallplan zur Schadensbegrenzung umsetzt: <https://chnq.it/SyH6dj77>

*Die Fotos der Fotogalerie zeigen die Auswirkungen der Ölpest am Strand von Ventanilla und die Demos der Umweltaktivist*innen. Fotografen: Luisenrique Becerra und Michele Stebler*



Am Nachmittag des 15. Januar kam es zu einem Unfall, als der Tanker Mare Doricum Erdöl für die Raffinerie Mindestens 6000 Fass Rohöl flossen ins Meer und werden vom Humboldt-Strom Richtung Norden getrieben. ©Luisenrique Becerra



Die Reinigungsarbeiten liefen schleppend an und haben noch nicht alle betroffenen Gebiete erreicht. Hier saugt ein Arbeiter einer von Repsol beauftragten Spezialfirma das Öl am Strand Cavelero ab. ©Luisenrique Becerra



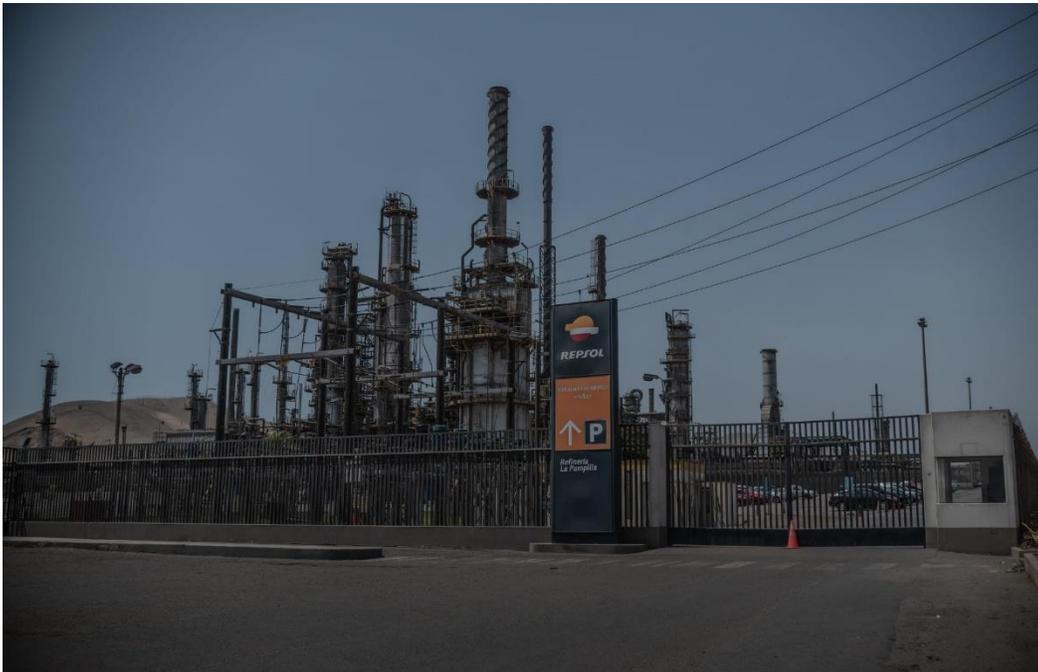
Die von Repsol beauftragte Firma für "First Response", Ambipar, hat Hausfrauen aus dem nahen Ventanilla angestellt. Sie reinigen mit Spezialtüchern die von Erdöl bedeckten Felsen am Strand von Cavelo. ©Luisenrique Becerra



Immer wieder spült das Meer neuen Erdölschaum an den Strand. ©Luisenrique Becerra



*Rund 20 Vogelarten und 120 - 130 Fische und Meereslebewesen seien von der Ölpest bedroht, sagt Biologe Max Hidalgo. Diese Fische hat ein Strandläufer eine Woche nach dem Tankerunfall vorgefunden.
©Luisenrique Becerra*



*Vor der Küste von Ventanilla, im Norden Limas, steht die Raffinerie des spanischen Konzerns Repsol. Hier werden 70% allen Erdöls für Peru raffiniert. Am 15. Januar löschte der Tanker "Mare Doricum" Öl für die Raffinerie, als es zum Unfall kam. Repsol behauptete zuerst, dass der Vulkanausbruch vor Tonga und dadurch ausgelöster hoher Wellengang dafür verantwortlich sei. Diese Version ist inzwischen widerlegt.
©Luisenrique Becerra*



Demonstrant vor der Raffinerie La Pampilla in Ventanilla ©Michele Stebler



Die Klimaschutzbewegung Mocicc protestiert für mehr erneuerbare Energien. ©Michele Stebler

5. Im Namen der Freiheit ?

Die deutsche Friedrich-Naumann-Stiftung soll konspiratives Treffen finanziert haben.

Die deutsche Friedrich-Naumann-Stiftung soll ein Treffen der Opposition finanziert haben, bei welchem hinter verschlossenen Türen die weiteren Schritte zur Amtsenthebung von Präsident Castillo geplant wurden.

Die Verwicklung der FDP-nahen Stiftung in die Pläne von Kongressmitgliedern, Präsident Castillo des Amtes zu entheben, hat in Peru eine Welle der Empörung ausgelöst.

Am 9. Februar 2022 sollen laut der unabhängigen Zeitschrift *Hildebrandt en sus trece* Vertreter:innen der Oppositionsparteien mit Hilfe der Stiftung in einem Hotel in Lima getagt haben, um weitere für die Amtsenthebung notwendige Verfassungsänderungen zu besprechen.

Unabhängige Medien hatten bereits zuvor von derartigen Plänen der Kongressmitglieder berichtet. [\[1\]](#) Eine solche Amtsenthebung des Präsidenten hatte schließlich schon im November 2020 Präsident Vizcarra das Amt gekostet und zu Massenprotesten geführt. Viele Peruaner:innen sahen in der damaligen Machtübernahme einen Putsch durch den Kongress. Dies dürfte auch bei einer erneuten Amtsübernahme durch den Kongress der Fall sein.

Die Zusammenkunft am 9. Februar in einem Fünf-Sterne-Hotel zur weiteren Planung einer Machtübernahme durch die Oppositionsparteien soll nun durch die Friedrich-Naumann-Stiftung finanziert und ideell unterstützt worden sein. Nicht nur sollen die Rechnungen für das Mittagessen und die anschließende Besprechung – hinter verschlossenen Türen – durch die FDP-nahe Stiftung beglichen worden sein, sondern Jörg Dehnert, Projektleiter der Stiftung für Andenländer, soll die Unterstützung mit einem Vortrag zur aktuellen politischen Lage abgerundet haben.

Das Treffen sollte offensichtlich geheim gehalten werden. Keine:r der Beteiligten hatte sich zu dem Treffen in sozialen Plattformen geäußert, noch wurde dieses in Massenmedien verbreitet. Im Gegenteil, Teilnehmerin María Carmen Alva soll bei ihrer Ankunft versucht haben, einen Pressefotografen der Zeitschrift *Hildebrandt en sus trece* am Fotografieren zu hindern. Der Fotograf soll durch Sicherheitsbeamte verfolgt worden sein.

María Carmen Alva ist auch diejenige, die als aktuelle Präsidentin des Kongresses bei einer Amtsenthebung des Präsidenten und einer Vakanz des Vizepräsident:innenpostens das höchste Staatsamt bis zu Neuwahlen übernehmen würde.

Wie von ihr und den weiteren Teilnehmenden des Treffens jedoch erkannt, stehen einer solchen Machtübernahme bisher noch verfassungsrechtliche Hürden im Weg. Wege diese zu umgehen sollen den Gegenstand des Treffens gebildet haben.



Rechte Kreise wollen ihn absetzen: Präsident Pedro Castillo @Andina/Presidencia

Für eine mögliche Amtsenthebung aufgrund dauerhafter „moralischer Unfähigkeit“ des Präsidenten, an welcher bereits zuvor Präsident Vizcarra gescheitert war, fehlen den anwesenden Vertreter:innen mit 81 der erforderlichen 87 Stimmen bisher die erforderliche Mehrheit.

Erwogen wird daher offensichtlich eine Anklage Castillos wegen Korruption. Dieser steht jedoch (noch) Artikel 117 der Verfassung entgegen, welcher mögliche Anklagegründe abschließend aufzählt (u.a. wegen Hochverrats, Verhinderung von Wahlen und verfassungswidrige Auflösung des Kongresses).

Zudem soll eine weite Auslegung derjenigen Bestimmung im Raum stehen, welche die „unverzögliche“ Einberufung von Neuwahlen im Falle einer Übernahme des Amtes durch die Kongresspräsidentin María Carmen Alva verlangt.

Bezeichnend ist zugleich, dass María Carmen Alva, welche das Amt von Castillo übernehmen würde, mit 21% eine noch geringere Zustimmung in der Bevölkerung genießt als Castillo mit 25%.^[2] Eine große Mehrheit der Bevölkerung (74%) wünscht sich viel mehr Neuwahlen, sollten Castillo und Vizepräsidentin Boluarte des Amtes enthoben werden. ^[3]

Die geringen Zustimmungswerte Alvas zeigen wie fragwürdig das Verhalten derjenigen Kongressmitglieder ist, die eine Absetzung Präsident Castillos planen, um die Geschicke des Landes selbst in die Hände zu nehmen.

Aus deutscher Sicht drängt sich jedoch die Frage auf, ob die Zentrale der Friedrich-Naumann-Stiftung um das Vorgehen ihres Andenbüros in Peru weiß. Und allgemeiner: Wie weit können und sollen ausländische Stiftungstätigkeiten gehen? Schließlich stehen dahinter auch deutsche Steuergelder. Die Unterstützung eines Treffens hinter verschlossenen Türen, um die Amtsenthebung eines demokratisch gewählten Präsidenten zu planen, sollte sicherlich nicht mehr davon gedeckt sein.

Ein solches Verhalten schadet nicht nur der Demokratie Perus, sondern auch dem Ansehen und der Arbeit deutscher Stiftungen und internationaler Nichtregierungsorganisationen allgemein. Es bleibt abzuwarten, wie und ob Peru offiziell zu diesen Vorwürfen reagieren wird.

Präsident Pedro Castillos Partei „Peru Libre“ rief derweil dazu auf, die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abzuberechnen.^[4] Vielerorts war auch der Ruf nach einer Ausweisung aller ausländischen Nichtregierungsorganisationen zu lesen, eine Forderung, die nicht neu ist und welcher damit erneut Aufschub gegeben wurde.

Anna Kohte

^[1] Siehe bereits *Hildebrandt en sus trece* vom 29. Oktober 2021 (Nummer 563), Seite 4.

^[2] Datenerhebung vom 10 und 11 Februar 2022, abrufbar auf <www.ipsos.com/es-pe/encuesta-america-tv-ipsos-febrero-2022>.

^[3] Datenerhebung vom 10 und 11 Februar 2022, abrufbar auf <www.ipsos.com/es-pe/encuesta-america-tv-ipsos-febrero-2022>.

^[4] Tweet vom 12. Februar 2022 ('El Canciller debe cortar relaciones diplomáticas con Alemania'), abrufbar auf <twitter.com/PERU_LIBRE1/status/1492550935108849665>.

6. Offener Brief an die Friedrich-Naumann-Stiftung

Warum macht die Friedrich-Naumann-Stiftung in Peru gemeinsame Sache mit ultrarechten Parteien?

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 9. Februar 2022 haben Vertreter*innen der rechten und ultrarechten Oppositionsparteien in Peru mit Unterstützung Ihrer Stiftung in einem Hotel in Lima getagt, um eine Strategie für die Amtsenthebung von Präsident Pedro Castillo zu besprechen. Das wirft bei uns einige Fragen auf.

Aufgabe der Friedrich-Naumann-Stiftung ist es laut Ihrer Satzung, „allen Interessierten (...) Wissen im Sinne der liberalen, sozialen und nationalen Ziele Friedrich Naumanns zu vermitteln, Persönlichkeitswerte lebendig zu erhalten und moralische Grundlagen in der Politik zu festigen.“ Ein Treffen hinter verschlossenen Türen mit (ultra)rechten Politiker*innen widerspricht den

gemeinnützigen Zwecken, die Sie in Ihrer Satzung festgelegt haben und gleichzeitig Ihrem Code of Conduct. Dafür dürfen keine Steuermittel verwendet werden. Wir fordern dringend, dass die Stiftung die notwendigen Konsequenzen zieht.

Um was geht es konkret?

Am 9.2.22 fand eine Zusammenkunft statt, die mit einem Mittagessen im exklusiven Restaurant Casa Andina Premium im Stadtviertel Miraflores in Lima begann.^[1] Danach gab es eine sechsstündige Besprechung hinter verschlossenen Türen. Teilnehmer*innen waren die Parlamentspräsidentin Maria del Carmen Alva von der Oppositionspartei Acción Popular und zehn weitere Oppositionspolitiker*innen von rechten und ultrarechten Parteien (u.a. Fuerza Popular, Avanza País, Renovación Popular). Dieses konspirative Treffen wurde durch die Friedrich-Naumann-Stiftung finanziert und ideell unterstützt. Bei der Besprechung ging es um konkrete Überlegungen für eine Verfassungsänderung, um eine Amtsenthebung des Präsidenten und seiner Vizepräsidentin zu ermöglichen. Damit würde die Parlamentsvorsitzende Alva automatisch Staatspräsidentin, ohne dass Neuwahlen stattfinden würden (die viele Abgeordnete fürchten).

Die Stellungnahme der Friedrich-Naumann-Stiftung in Lima, es habe sich um ein lange geplantes Seminar zur politischen Krise in Peru gehandelt, das für alle Parteien offen war, überzeugt angesichts der Berichte über die Inhalte und Teilnehmer*innen dieses Treffens nicht.

Gefährliche Kooperationen

Das Treffen organisierte die FNS zusammen mit dem Centro de Innovación y Políticas Públicas (CIPP). Geleitet wird das CIPP von Carlos Hamann und Gustavo Nakamura, beide Mitarbeiter im (Wahlkampf-)Team der rechten Partei Fuerza Popular von Keiko Fujimori, der Gegenkandidatin von Präsident Castillo bei den Präsidentschaftswahlen 2021. Der CIPP-Leiter hat auch die „Carta von Madrid“ der ultrarechten faschistischen spanischen Partei VOX unterschrieben, ebenso wie Vertreter*innen der bei dem Treffen vom 9.2.22 beteiligten Parteien.^[2] VOX propagiert eine radikale Absage an den sozialen Liberalismus, Feminismus, gleichgeschlechtliche Ehen, Abtreibungen, betont die zivilisatorische Rolle der spanischen Kolonisierung etc. Es ist kaum vorstellbar, dass die FNS oder die FDP in Deutschland mit Organisationen wie dem CIPP zusammen arbeiten würde.

Das Treffen am 9.2. war nicht die einzige Aktivität, mit der sich die FNS in die peruanische Politik eingemischt hat. Während des Wahlkampfs organisierte sie u.a. ein Seminar in Ekuador, mit rechten lateinamerikanischen Ex-Präsidenten und mit Mario Vargas Llosa mit der Botschaft: Für Freiheit, pro Keiko Fujimori. Kurz vor der Stichwahl organisierte sie einen Auftritt des

venezolanischen Oppositionspolitikers Leopoldo López mit Frau Fujimori. Dies haben wir schon einmal in einem Brief an Ihre Stiftung vom 1.6.2021 öffentlich kritisiert.

Der Leiter der FNS in Peru, Jörg Dehnert, ist verheiratet mit Bertha Maria Carillo. Sie war im Wahlkampfteam von Keiko Fujimori und Direktorin der Gruppe Asociación de Contribuyentes del Perú, die die Webseite PienSA.pe betreibt und u.a. Falschmeldungen über den angeblichen Wahlbetrug bei den vergangenen Präsidentschaftswahlen verbreitet.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Wir sind keine Parteigänger von Präsident Castillo, sondern verfolgen seine defizitäre Politik sehr kritisch, wie auch das Agieren des von (ultra-)rechten Parteien kontrollierten Parlaments. Unsere Kritik ist nicht, dass eine liberale Stiftung politische Seminare organisiert. Wenn jedoch auf einer Veranstaltung, die vermeintlich der demokratischen Meinungsbildung dient, in Wirklichkeit geplant wird, einen demokratisch gewählten Staatspräsidenten zu stürzen, müssen wir dies aufs Schärfste kritisieren.

Die Unterstützung des Treffens am 9.2. durch die FNS hat in Peru hohe Wellen geschlagen und für große Empörung gesorgt. Die geschilderten Veranstaltungen schädigen in massiver Weise das Ansehen der FNS, z.B. bei Menschenrechtsorganisationen in Peru.

Wir halten es für dringend geboten, dass

- sich die FNS bei der peruanischen Bevölkerung für diese Einmischung in die peruanische Politik entschuldigt;
- die FNS ihre Kooperation mit dem CIPP sofort beendet, weil diese den Leitlinien für parteinahe Stiftungen widerspricht und gegen die Prinzipien der FNS verstößt;
- die zuständigen öffentlichen Stellen die Verwendung von Steuergeldern für das oben beschriebene „Seminar“ überprüfen und
- der Büroleiter der FNS in Peru zurücktritt, da sein Verhalten gegen die Ziele Ihrer Stiftung und den Auftrag politischer Stiftungen im Allgemeinen verstößt.

Mit freundlichen Grüßen

Heinz Schulze

Vorstand Informationsstelle Peru e.V.

[1] Diese und alle weiteren Informationen stammen aus: Hildebrandt en sus trece, Reunion de vacadores al descubierto von Eloy Marchán, Lima, 11.2.22; La República, Lima, 11.2.22, 13.2.22 und 14.2.22; Servindi, 15.2.22; epicentro.TV 14.2.22; Servindi, 5.10.22: VOX y su nueva internacional de ultraderecha.

[\[2\]](#) Die Carta de Madrid von 2020 bezeichnet linke Organisationen in Lateinamerika als Feinde und Bedrohung für die Freiheit, und linke lateinamerikanische Regierungen als totalitär, kommunistisch und vom Drogenhandel unterstützt.

Brief als pdf-Datei [220217_Brief Friedrich-Naumann-Stiftung \(1\)](#)

Versión en español [220217_Carta Fundación Friedrich Naumann](#)



Der peruanische Präsident Pedro Castillo scheint sich prächtig mit dem brasilianischen Amtsinhaber Bolsonaro zu verstehen. ©Andina/Presidencia

7. Gefährliche Umarmung

Pedro Castillo auf Staatsbesuch bei Jair Bolsonaro in Brasilien. Ein Kommentar von Heinz Schulze.

Präsident Castillo sagt von sich, dass er ein Präsident aller Peruanerinnen und Peruaner ist. Die Menschen im amazonischen Regenwald gehören wohl nicht wirklich dazu. Dass diese Sorge berechtigt ist zeigte sich bei seinem Besuch am 3. Februar beim brasilianischen Präsidenten Bolsonaro. In der Abschlusserklärung dieses Treffens wird unter Punkt 7 die bisherige Kooperation zwischen den beiden Staaten bekräftigt und dabei die wirtschaftliche Integration der amazonischen Bevölkerung als besonders wichtige Aufgabe gesehen.

In Punkt 9 wird es gefährlich konkreter: „Präsident Jair Bolsonaro erneuerte das Interesse der brasilianischen Regierung an der Straßenverbindung zwischen der brasilianischen Grenzstadt Cruzeiro do Sul und der peruanischen Stadt Pucallpa in der Amazonasregion Ucayali, weil diese Straße ein großes Potential zur wirtschaftlichen Integration darstellt“

Die geplante Straße ist Teil des geopolitischen Plans Brasiliens, eine Straßenverbindung vom Atlantischen zum Pazifischen Ozean zu bauen, um so direkter und günstiger Produkte nach Asien transportieren zu können.

Das genannte Straßenstück würde den Nationalpark Sierra del Divisor und das Schutzgebiet für unkontaktierte Indigene Isonahua durchschneiden und somit der Zerstörung preis geben.

Die frühere peruanischen Regierung unter Präsident Sagasti erklärte dieses Projekt im Juni 2021 für „höchst undurchführbar“.

Sofort nachdem der erneute Vorstoß bekannt wurde, kritisierte die indigene Regionalorganisation ORAU diesen als große Bedrohung für die indigene Bevölkerung und betonte, dieses Vorhaben mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Die vom diplomatischen Team beider Länder entworfene Erklärung macht vielleicht etwas Hoffnung, weil dieses Projekt als von Präsident Bolsonaro gewünscht, aber nicht als gegenseitige Vereinbarung dargestellt wird.

(Aus: Declaración Presidencial Conjunta de los Presidentes de la República Federativa de Brasil, Jair Messias Bolsonaro y de la República del Peru Jose Pedro Castillo Terrones, 3.2.22; SPDA Ambiental 4.2.22 und Pronunciameinto ORAU,, 7.2.22, gekürzt übersetzt von Heinz Schulze)

Heinz Schulze

8. Kurz gemeldet Februar 2022

Was in Peru sonst noch geschah....

- **206 Angriffe auf Journalist*innen**

2021 verzeichnete der peruanische Journalistenverband ANP 206 Angriffe auf Journalist*innen und Medienunternehmen. Die Monate mit den meisten Anschlägen waren die intensiven Wahlkampfmonate April, Mai und Juni. Die häufigste Art des Angriffs waren mit 61 Fällen Bedrohungen und Belästigungen, gefolgt von körperlicher und verbaler Aggression (58) und gerichtlicher Einschüchterung (31). Am häufigsten wurden die Angriffe von Zivilpersonen begangen (99 Fälle), gefolgt von Beamt*innen (41) und Sicherheitspersonal (31). Die meisten

Angriffe, nämlich 105, ereigneten sich in Lima – ein neuer Höchststand, gefolgt von Puno (13) und Callao (5).

<http://www.servindi.org/actualidad-noticias/01/01/2022/anp-registro-206-ataques-la-libertad-de-prensa-en-2021>

- **Armut steigt als Folge der Covid-19-Pandemie**

Obwohl sich das Bruttoinlandsprodukt Perus 2021 mit einem Anstieg von 13% weiter von dem Covid-19-bedingtem Einbruch im Jahr zuvor erholt, steigt weiterhin die Armut, so die IBC Coyuntura. Grund dafür sei einerseits die weltweite Inflation, die gerade in Peru Grundlebensmittel und importierte Produkte des täglichen Lebens wie Mais, Weizen und Erdöl verteuert. Auch die Mieten sollen sich bis zu verdreifacht haben.

Aber gleichzeitig lässt sich auch ein Anstieg der Arbeitslosenrate verzeichnen und die Anzahl der im informellen Sektor Arbeitenden ist um fast fünf Prozent auf 77,3% gestiegen. Dabei sind gerade Frauen einer größeren Gefahr der Arbeitslosigkeit ausgesetzt, da sie oft in pandemiebedingt geschlossenen Bereichen wie Hotels und Restaurants arbeiten – während sie parallel mehr unbezahlte Reproduktionsarbeit durch Home Schooling und Home Office anderer Familienmitglieder leisten müssen. Die Armut ist im Vergleich zu 2019 um fast 10% gestiegen.

Quelle: Instituto Bartolomé de las Casas, IBC Coyuntura Januar 2022.

- **Gerichtsprozesse im Fall der Zwangssterilisationen wieder aufgenommen**

Nachdem die Gerichtsprozesse im Fall der Zwangssterilisationen von mehrheitlich indigenen Frauen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre immer wieder verschoben und abgebrochen wurden – zuletzt im Januar 2021 – werden nun seit Dezember 2021 die Verhandlung wieder fortgesetzt. Von mehr als 340.000 Opfern von Eileiterligaturen und 24.000 von Vasektomien, haben 1307 bereits 2009 Anklage erhoben. Trotzdem werden die Anhörungen und Verhandlungen um die Menschenrechtsverletzungen unter Diktator Fujimori immer wieder seitens des Staates unterbrochen – unter anderem, weil es keine*n Quechua-Spanisch-Übersetzer*in für die quechuasprechenden Klägerinnen gab.

Mit der Wiedereröffnung des Prozesses hoffen die Opfer der Zwangssterilisationen und ihre Angehörigen nun auf die versprochenen Verurteilungen der Verantwortlichen und auf Maßnahmen, die solche Menschenrechtsverletzungen künftig verhindern, sowie auch die Aufklärung darüber in Schulen. Der Kampf um die Anerkennung der Zwangssterilisationen ist auch

ein Kampf um die Anerkennung der sexuellen und reproduktiven Rechte als Menschenrechte in Peru.

<https://www.demus.org.pe/noticias/esterilizaciones-forzadas-en-peru-luego-de-18-anos-de-proceso-penal-se-abre-investigacion-judicial-contra-alberto-fujimori-y-sus-exministros-de-salud/>

<https://elpais.com/internacional/2021-12-11/la-justicia-abre-un-proceso-penal-contra-alberto-fujimori-por-las-esterilizaciones-forzadas-de-los-anos-noventa.html>

- **Impfquote in mehrheitlich indigenen Regionen steigt nur langsam**

Laut einer [Recherche](#) von Servindi ist vor allem in ländlichen Regionen, in denen viele Indigene leben, nur ein geringer Impffortschritt zu verzeichnen. So seien zwar laut der Regierung mittlerweile 89,6% (Stand: 3.2.22) aller Peruaner*innen ab zwölf Jahren zweifach geimpft, aber die bisher ungeimpften Menschen seien vor allem auf zehn Provinzen in andinen Regionen und Amazonasgebieten zurückzuführen, in denen ein Großteil der indigenen Bevölkerung lebt. Besonders betroffen davon sind die Provinzen Madre de Dios mit der aktuell niedrigsten Impfquote von 75,8% (Stand: 3.2.22) sowie Puno, Ucayali, Loreto und Ayacucho. Grund dafür ist sowohl eine mangelnde Infrastruktur als auch fehlende Aufklärung bzw. Desinformation, die viele verunsichert.



Schulkinder leiden am meisten unter Korruption im Bildungswesen ©Hildegard Willer

- **Indigene Impfgegner**

Während indigene Organisationen den peruanischen Staat dringend zu mehr Impfgerechtigkeit auffordern gibt es andere, die das Gegenteil verlangen.

Dazu gehört die Föderation der Asháninka am Unteren Urubambafluss FABU mit Sitz in Atalaya (Region Ucayali). Deren Präsidentin Susana S. forderte in einem offenen Brief am 6.1.2022 die peruanische Regierung auf, sofort mit dem Impfen auf zu hören. Dieser Aufruf wurde von Dutzenden von Vertreter*innen aus den Dorfgemeinschaften unterschrieben. Angeblich seien durch die Covid-Impfung Millionen von Peruaner*innen in Gefahr sind, zu sterben, weil die Impfstoffe nicht wirklich geprüft sind und dazu dienen, den großen Konzernen Gewinne zu bringen. Anstelle der Impfung solle die Regierung Lebensmittel für die indigene Bevölkerung geben und das Mittel CDS (Chlordioxid) legalisieren, produzieren und anwenden. (Anm. Chlordioxid wird u.a. eingesetzt als Lösungsmittel, zur Wasserreinigung, als Insektenschutzmittel, zur Papierbleiche, oder gegen erhöhtem Hirndruck bei Pferde)

Deutlich wird ein Ende der Vorzeigepflicht eines Impfnachweises verlangt, den man braucht, um in öffentliche Gebäude, Banken oder in Bussen zu gelangen.

In den Dorfgemeinschaften, die zu FABU gehören, werden Impfteams des Gesundheitsministeriums nicht hereingelassen. Als konkrete Forderung wird noch erwähnt, dass endlich die Straße von Puerto Ocopa (Junin) nach Atalaya (Ucayali) asphaltiert werden müsse.

Aus: Carta al Presidente Jose Pedro Castillo Terrones, Atalaya, 6.1.2022, gekürzt und übersetzt Heinz Schulze

- **Pandemie-Leugner und „Querdenker“ in Peru**

Das auf Gesundheitsthemen spezialisierte Online-Medium [Salud con Lupa](#) und das Red Latam Chequea haben in intensiver Recherche 50 Personen in Lateinamerika näher betrachtet, die intensiven Einfluss nehmen und deren Vorstellungen Einfluss auf Teile der Bevölkerung haben. Einige werden kurz mit Namen, ihren Berufen und Einflussmöglichkeiten bzw. Interessen vorgestellt, weil in den sozialen Netzen auf diese Bezug genommen wird.

Von den 50 einflussreichen Personen kommen 13 aus Peru, 9 aus Mexiko, 8 aus Argentinien, 4 aus Paraguay, 3 aus Chile und Bolivien und jeweils zwei oder eine Person aus El Salvador, USA, Uruguay, Spanien, Guatemala, Kolumbien, Costa Rica und Ecuador.

Hier die peruanischen „Querdenker“:

Rafael López Aliaga C.: ultrarechter Politiker, 2021 als Präsidentschaftskandidat gescheitert, Betreibt die Hotelkette Belmond u.a. das Luxushotels auf Machu Picchu, Finanzaufsicht der Universidad del Pacifico, Mitglied in der ultrarechten Katholischen Gemeinschaft Opus Dei und in der Kampagne gegen Sexualekunde an Schulen, propagiert den Impfstoff der peruanischen Firma Farvet (obwohl dieser nur an Tieren getestet wurde) und lehnt den Gebrauch von Masken ab, da durch die Masken der Virus leichter eindringen kann.

Ricardo P. Belmont C., war von 1989 und ab 1993 Bürgermeister von Lima, propagiert: Anticovid-Impfungen machen steril, in Peru herrscht eine Impfdiktatur, spricht sich für eine Covid Behandlung mit Chlordioxid aus.

Manolo Fernández, Tierarzt, Geschäftsführer der Pharmafirma Farvet, propagiert den Einsatz der Tiermedizin ivermectin, ist in der Kampagne gegen Sexualekunde im Unterricht

Rechtsanwältin **Beatriz Muñoz,** schreibt in der Boulevardzeitung Expreso, spricht sich für eine Covidbehandlung mit Chlordioxid aus.

Ernesto Bustamante D, wissenschaftlicher Leiter der Firma BioGenómica, Gesundheitsberater der gescheiterten Präsidentschaftskandidatin Keiko Fujimori, ist Parlamentsabgeordneter ihrer Partei, Fuerza Popular.

Rechtsanwältin **Rosa Maria Apaza,** war Vorsitzende der peruanischen Vereinigung für Verbraucherrechte. Publiziert: Mit der Spritze bekommen die Menschen einen Clip von Bill Gates, etc.

Rita Denegri Schroth, Chirurgin, propagiert Chlordioxid, wenn es eingeatmet wird.

Lorenzo Colque A., Präsident eines peruanischen Instituts für medizinische Forschungen, propagiert Chlordioxid, weil dieses angeblich Bakterien, Parasiten etc. eliminiert, am besten zusammen mit Ivermectin und Azitremicina einnehmen; propagiert Antivirus-Lebensmittel aus der Inkazeit. Sein Rezept: Täglich ein Getränk aus Knoblauch, Zwiebeln, Zitronen, Ingwer, Honig und drei Aspirintabletten.

Armando Massé macht Radiosendungen und propagiert darin Chlordioxid.

Iro Chaqua, Arzt, arbeitete u.a. im Krankenhaus Apoyo Sivia in Ayacucho, kritisiert, dass die Impfstoffe negative Veränderungen in menschlichen Zellen verursacht.

Lida E. Obregón, Chirurgin, Expertin in Naturmedizin, propagiert Chlordioxid.

Orestes Pompeyo Sánchez, Journalist, ist Pastor der evangelikalen Kirche Asamblea de Dios, Lima, und Stadtrat in Lima und propagiert Ivermectin.

(aus: *Plataforma de Salud con Lupa*,. *Desinformantes*, auch in *Servindi*, Lima, 7.2.22, übersetzt und kommentiert Heinz Schulze)

- **Perus Wirtschaft als Vorbild in Südamerika**

Peru ist Vorzeigekandidat in der Wirtschaft, so der Präsident der *Banco Interamericano de Desarrollo* (Interamerikanische Entwicklungsbank, kurz BID) Mauricio Claver-Carone. Er bestätigt, dass die Wirtschaftsbilanz der letzten Monate für Präsident Castillo spreche. So seien Perus Steuereinnahmen die höchsten der letzten neun Jahre und um zwanzig Prozent höher als im Jahr 2019, demnach ertragsreicher als vor der Covid-19-Pandemie. Die BID lobte die gute Beziehung zu Castillo und die entstandenen Arbeitspläne. Währenddessen darf Castillo mit einem Wirtschaftswachstum von drei Prozent rechnen, das er für die Unterstützung und Förderung des Bildungssystems, Gesundheitswesens wie auch kleinerer und mittlerer Unternehmen nutzen möchte.

<https://elperuano.pe/noticia/137130-bid-peru-es-el-pais-estrella-de-la-region-por-cifras-economicas-favorables>

- **Kongress lähmt Prozess der Formalisierung illegaler Bergbauminen**

Eigentlich sollte die Formalisierung informeller Bergbauminen zu besserem Umwelt- und Arbeitsschutz führen und den indigenen Gemeinden helfen, deren Gebiete durch den illegalen Bergbau besetzt werden. Doch durch einen politischen Schlingerkurs des peruanischen Kongresses wurden Fristen für die Formalisierung und somit Legalisierung immer wieder nach hinten verschoben, zuletzt bis Dezember 2024. Als informeller Bergbau gilt jeglicher Bergbau, in welchem mit „Geräten gearbeitet wird, die nicht den administrativen, technischen, sozialen oder ökologischen Anforderungen“ entsprechen. Das 2002 erstmals erlassene Gesetz Nr. 27651 kann außerdem seine Wirksamkeit nicht entfalten, da alle im *Registro Integral de Formalización Minera* (Umfassendes Register für die Formalisierung im Bergbau, kurz Reinfo) gemeldeten, jedoch durch das Nicht-Einhalten von klima- und arbeitsschutztechnischen Voraussetzungen suspendierten Bergbauprojekte nicht belangt werden können. Verschiedene politische und ökonomische Interessen machen einen stringenten Kurs schwierig, und so bleiben größte ökologische und sozialpolitische Schäden weiterhin straflos.

<https://ojo-publico.com/3245/permiten-impunidad-mineros-ilegales-con-prorroga-de-formalizacion>

- **Warum der frühere Erziehungsminister zurücktreten musste**

Seit Dezember 2021 hat sich das Minister*innen Karussell weiter gedreht. Es gibt eine neue Regierung (Stand 21.1.22). Trotzdem ist es interessant, etwas über die Hintergründe zum Rücktritt des Ex-Ministers Carlos Gallardo zu lesen.

Neue Lehrer*innen sollten eine – umstrittene – Eignungsprüfung ablegen, um in den Staatsdienst übernommen zu werden. Kurz vorher verkauften wohl eine Parlamentsabgeordnete der Partei von Präsident Castillo und eine Tochter vom damaligen Erziehungsminister Gallardo die Prüfungsfragen. Das nicht aus Solidarität heraus sondern in „klassischer Form“ gegen Bezahlung. Bekannt wurden Fälle aus der Urwaldstadt Tarapoto, wo angehende Lehrer*innen den Fragenkatalog für 3.000 Soles (etwas unter 1.000 Dollar) kauften.

- **Polizei rät indigenen Dorfgemeinschaften sich selbst zu verteidigen**

Der peruanische Menschenrechtsanwalt Juan Carlos Ruiz berichtet über etwas eigentlich Unmögliches: Die zuständige lokale Polizeistation in der Regenwaldregion Ucayali sei nicht in der Lage, die indigene Bevölkerung zu schützen. Sie schrieb an die Dorfgemeinschaft Flor de Ucayali sinngemäß: Wir haben keine logistischen und personellen Ressourcen, organisiert euch selbst zur Selbstverteidigung. Die Polizei beruft sich dabei auf die Gesetze für die Rondas Campesinas und die Rondas Indígenas. Darin ist aber festgehalten, dass diese keine direkte Gewalt ausüben und keine Polizeifunktionen übernehmen dürfen.

Ruiz zitiert dazu voller Sorge Hanna Arendt, die auf das Recht, Recht zu haben hinweist. Und er zitiert angesichts der Vernachlässigung indigener Völker durch den Staat den kolumbianischen Autor Mauricio Rodriguez: Die Würde und Rechte sind nicht nur durch einen zu starken, autoritären Staat, sondern auch durch einen zu schwachen Staat in Gefahr.

Das trifft nach Ruiz auf den peruanischen Staat zu, wenn er seine Bewohner*innen, egal wo sie leben, nicht schützt.

Aus: Carta Policial Nr. 836-2002- SCR- 24.11.21, in Servindi 30.12.21

- **Große Coca Cola gegen Coca Pola**

Innerhalb der nationalen und internationalen Diskussionen zum Problem der Herstellung von Kokain aus den Cocablättern ist ein wichtiger Aspekt: Die Cocablätter anders als für die Drogenherstellung zu verwenden.

Das konkrete Beispiel betrifft jetzt eine indigene Organisation in Kolumbien, aber die Verwendung von Cocablättern aus Peru hat mit dem Konzern Coca Cola zu tun.

Nach unwidersprochenen Aussagen berichten peruanischen Quellen, dass Coca Cola für die Herstellung ihres Getränks Cocablätter aus Peru bezieht. Genannt wird dabei immer die Coca Trujillana.

Das indigene Kleinunternehmen Coca Nasa aus dem kolumbianischen Departement Cauca produziert nach eigenen Aussagen aus den Cocablättern Nahrungsmittel, aromatische Getränke, Energiedrinks oder Schnaps. Also eine Verwendung der Cocablätter ohne die Menschen süchtig

zu machen. Coca Nasa produziert alles mit 22 Mitarbeiter*innen nur für den einheimischen Markt. Ein weiteres, neues Produkt heißt Coca Pola. In der Cauca region bestellt mit eine „Pola“ wenn man ein Bier will.

Gegen Coca Pola fährt jetzt Coca Cola die harte juristische Keule aus und bezieht sich darauf, dass sie das intellektuelle Eigentum dafür besitzen und ihre Marke Coca Cola vor Missbrauch geschützt ist. Cocabier ist keine Cocalimonade und die Pflanze heißt halt Coca.

Indigene Organisationen rufen dringend dazu auf, sich für eine Nutzung der Cocablätter für eine Verarbeitung in normale, gesunde Produkte einzusetzen.

Man kann diskutieren, ob Coca Cola ein gesundes Produkt ist, aber dieser Konzern hat weltweit die einzige Genehmigung, Cocablätter in die USA ausführen zu dürfen. Sonst ist das Mitbringen von Cocablättern, z.B. für die private Zubereitung von Cocatee – sehr bekömmlich – ein Verstoß gegen internationale Abkommen zum Schutz gegen Produkte, aus denen Drogen hergestellt werden können.

<https://www.servindi.org/27/12/2021/coca-cola-busca-prohibir-cualquier-producto-que-use-la-la-palabra-coca>

zusammengestellt von Elisa Bemmerl, Heinz Schulze und Annette Brox

9. Klimawandel und Umweltzerstörung fördern Gewalt gegen Frauen

...auch in indigenen Gemeinschaften im Amazonasgebiet

Als die peruanische Fotografin Leslie Searles das erste Mal in den Amazonas-Regenwald fuhr, war ihr nicht klar, wie eng die Menschen dort mit der Natur verbunden sind. Eine junge Frau erzählte ihr bei Recherchen: Wenn sie eine Yuccawurzel aus der Erde ihres Feldes ziehe, fühle sich das an, als ob sie der Erde das Herz aus ihren Eingeweiden reiße. In den Dörfern bitten die Menschen den Wald und den Fluss um Erlaubnis, bevor sie darin jagen. „In den Städten hingegen haben wir uns den Wald, das Wasser und die Lebewesen darin längst untertan gemacht“, sagt Searles. Die Fotografin arbeitet regelmäßig mit dem Online-Medium [Ojo Público](#) zusammen, das sich auf investigative Recherchen zu Menschenrechts- und Umweltthemen spezialisiert hat.

Die junge Frau, die Searles damals interviewte, gehört zur ethnischen Gruppe der Awajún. Es gibt fast 1.700 indigene Gemeinschaften im peruanischen Amazonasgebiet. Die Rolle der Frauen hat sich hier durch die massive Umweltzerstörung dramatisch verändert.



©Leslie Searles

Zerstörung von Ökosystemen

Die veränderten klimatischen Bedingungen der vergangenen Jahre lassen die Ernten geringer ausfallen. Abholzung, Brandrodung und die Ausbreitung des illegalen Bergbaus verwüsten das empfindliche Ökosystem im Amazonasgebiet. Zwischen 2001 und 2018 wurden in Peru fast 25.000 Quadratkilometer Regenwald zerstört, das entspricht ungefähr der Fläche von Mecklenburg-Vorpommern. Die Erdgas- und Erdölförderprojekte im peruanischen Amazonasgebiet befinden sich zu 80 Prozent in indigenen Territorien. Immer wieder treten Lecks in den Pipelines auf – laut der Nationalen Menschenrechtskoordination knapp 500 in den vergangenen 20 Jahren – und zerstören wichtige Lebensgrundlagen.

Neue Abhängigkeiten entstehen

Weil die Männer im Wald nicht mehr jagen können, suchen sie sich Jobs in den Goldminen der Region oder ziehen in die großen Städte, um dort zu arbeiten. Die Frauen bleiben in den Dörfern zurück und kümmern sich um die Familie. Aber die Arbeit auf dem Feld bringt ihnen heute kein Auskommen mehr. “Der Wechsel von einer fast geldlosen Ökonomie zu einer vollständigen Abhängigkeit vom Lohn des Mannes verändert das gesamte Leben in den indigenen Dorfgemeinschaften”, sagt die Soziologin Cynthia del Castillo. “In fast allen Gebieten, wo sich die Rohstoffindustrie niederlässt, verlieren die Frauen ihre traditionelle Rolle als

Entscheidungsträgerin der Familie und der Gemeinschaft“, bestätigt der Anthropologe José Guillermo Guevara, der sich seit über 30 Jahren mit der Situation der indigenen Gemeinschaften beschäftigt.



Awajun-Frau ©Leslie Searles

UCN Studie zeigt Zusammenhänge auf

Die Weltnaturschutzunion IUCN (International Union for Conservation of Nature and Natural Resources) hat das Thema Klimawandel und Gender 2020 genauer unter die Lupe genommen. In der bisher größten und umfassendsten [Untersuchung](#) über die Auswirkungen von Klimawandel und Umweltzerstörung auf geschlechtsspezifische Gewalt stellte sie fest: Überall, wo Frauen für die Landwirtschaft zuständig sind, sinkt ihre gesellschaftliche und familiäre Stellung, wenn infolge von Klimakrisen oder Umweltzerstörung die Ernten schmäler werden oder ganz ausfallen. Geschlechterverhältnisse ändern sich, Existenzängste, Krankheiten und Alkoholkonsum nehmen zu. Parallel dazu steigt die Kurve der Gewalt, auch in den eigenen Familien. “Der Schaden, den die Menschheit der Natur zufügt, heizt die Gewalt gegen Frauen auf der ganzen Welt an”, sagt Grethel Aguilar, amtierende Generaldirektorin von IUCN.

Pandemie verstärkt Gewalt

Peru ist ohnehin eines der Länder mit der höchsten Gewaltrate an Frauen weltweit. Laut der staatlichen Ombudsstelle wird jeden zweiten Tag eine Frau von ihrem Partner oder Expartner getötet. Seit der Pandemie – auch diese verursacht durch das massive Eingreifen der Menschen in empfindliche Ökosysteme – hat die Gewalt gegenüber Frauen in Peru noch einmal zugenommen. Rund 235.000 Fälle registrierte Línea 100, der Telefondienst des Frauenministeriums zur Meldung von familiärer und sexueller Gewalt, während des ersten Pandemie-Jahres. Das sind fast doppelt so viele wie 2019. Die anhaltenden Isolationsmaßnahmen und der massive Stress ließen die Gewaltraten explodieren (siehe [Infostelle Artikel](#))

Umweltaktivistinnen leben gefährlich

Auch Umweltkriminalität wie illegale Ressourcengewinnung bringt geschlechtsspezifische Gewalt hervor. Laut der IUCN-Studie wird sexuelle Gewalt in diesem Zusammenhang gezielt gegen Umweltaktivistinnen eingesetzt, um ihren Status innerhalb der Gemeinschaft zu untergraben und andere Menschen davon abzuhalten, sich für den Erhalt der Umwelt – etwa gegen den Bau einer Mine oder eines Staudammes – einzusetzen. In Lateinamerika ist der Einsatz für die Umwelt besonders riskant, stellt das investigative Datenjournalismus-Projekt [Tierra de Resistentes](#) in einer Studie heraus.

Klimagerechtigkeit braucht Geschlechtergerechtigkeit

Immerhin: Seit 2012 ist das Thema “Gender und Klima” als fester Punkt auf den Tagesordnungen der UN-Klimakonferenzen verankert. Auf der COP25 in Madrid verabschiedeten die Vertragsstaaten 2019 das erweiterte “Lima Work Programme on Gender” und den “Gender Action Plan”. Sein Ziel: Frauen in allen Ebenen der Klimapolitik gleichberechtigt einzubinden – in Institutionen, aber auch in einzelnen Klimaschutzprojekten. Denn Geschlechtergerechtigkeit ist eine wichtige Voraussetzung für Klimagerechtigkeit. Und umgekehrt ist Klimaschutz ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen.

Text: Eva Tempelmann

10. Deutsch-Norwegischer Klimafonds für indigene Territorien in Peru

Die Umsetzung läuft schleppend.

Obwohl die Klimafinanzierung zum Regenwaldschutz im Amazonasgebiet in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat, geht die Abholzung weiter und Dutzende von indigenen Gemeinden warten immer noch auf die Titulierung ihrer Territorien. Ein wichtiges Abkommen zur Klimafinanzierung ist die „Gemeinsame Absichtserklärung“ (Declaración Conjunta de Intención, DCI) zwischen Peru, Norwegen und Deutschland. Die Nachrichten-Plattform OjoPúblico hat untersucht, wie die DCI umgesetzt wird. Mit ernüchternden Ergebnissen: Verzögerungen durch die Behörden bei der Titulierung indigener Gebiete, eine Zunahme der Entwaldung und Unzufriedenheit von indigenen Gemeinden, die eine stärkere Beteiligung fordern.

Die Asháninka-Gemeinde Diobamba in der Region Ucayali mit ihren etwas mehr als 260 Einwohner*innen wartet seit 2017 auf die Erweiterung ihres Territoriums um 165 Hektar. Dann könnten die Familien mit forstwirtschaftlichen Aktivitäten ihr Einkommen verbessern, das derzeit hauptsächlich aus dem Verkauf von Kakao und anderen Früchten stammt. Mit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie und der Aufnahme strafrechtlicher Ermittlungen gegen ehemalige hohe Beamte der Regionalen Landwirtschaftsdirektion wegen illegaler Landspekulation ist der 2018 begonnene Titulierungsprozess jedoch ins Stocken geraten.

Die Ausdehnung des Gebiets der Diobamba-Gemeinschaft ist Teil der Gemeinsamen Absichtserklärung DCI. Das Abkommen wurde 2014 zwischen Norwegen, Deutschland und Peru abgeschlossen, um die Treibhausgasemissionen durch Entwaldung zu verringern. Und dabei spielen die indigenen Gebiete eine wichtige Rolle, denn hier werden die Wälder am besten geschützt. Die Verantwortlichen der Gemeinde Diobamba kennen das Abkommen und seine Ziele allerdings nicht. „Nein, wir wissen nicht, was das ist. Es kam nur ein Ingenieur und hat uns gesagt, dass es ein Projekt gibt und wir ausgewählt wurden, und dass die Titulierung unseres Gemeindelandes ausgeweitet werden soll“, sagt Jarvi Tamani López, Präsident der Gemeinde.

In den letzten Jahren hat das südamerikanische Amazonasgebiet angesichts der fortschreitenden Klimakrise Mittel in Millionenhöhe erhalten, um die Waldzerstörung einzudämmen. Im Pariser Klimaschutz-Abkommen und in anderen internationalen Verträgen haben sich die reichsten Länder (die für den weltweiten Temperaturanstieg verantwortlich sind) verpflichtet, den Entwicklungsländern Geld für die Transformation des Energie-, Industrie- und Agrarsektors zur Verfügung zu stellen und gefährdete indigene Gemeinschaften zu schützen.

Zahlreiche wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Publikationen heben die wichtige Rolle der indigenen Gemeinschaften beim Erhalt der Wälder und damit bei der Reduzierung der CO₂-Emissionen hervor. Dennoch haben Gemeinden in Tropenwaldländern in den letzten zehn Jahren

nur ein Prozent der Mittel für den Schutz des Klimas und der biologischen Vielfalt erhalten, wie eine aktuelle Studie der Rainforest Foundation Norway zeigt. Dieses Missverhältnis scheint auch in der Politik angekommen zu sein. Während des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs auf der Klimakonferenz in Glasgow (COP 26) sagten die Regierungen von Großbritannien, Norwegen, Deutschland, der USA, der Niederlande und 17 weitere US-amerikanische Geldgeber bis 2025 1,47 Milliarden Euro zur Unterstützung indigener Völker zu, da diese nachweislich dazu beitragen, die Abholzung von Wäldern zu verhindern.

Als Reaktion auf die Ankündigungen der COP 26 erklärte der Dachverband der indigenen Organisationen des Amazonasbeckens, Coica, dass die Gemeinschaften die Finanzmittel direkt verwalten und koordinieren sollten, damit die Mittel auch bei denjenigen ankommen, die „die Gebiete bewohnen und verteidigen“. Als Hauptakteure hätten sie konkrete Lösungen für den Schutz der Natur und die Eindämmung des Klimawandels anzubieten.

Die neuen Finanzmittel zur Klimafinanzierung wurden von den beteiligten Politiker*innen auf der COP als „historisch“ bezeichnet. Sie verfolgen dieselben Ziele, die mit dem Abschluss der DCI bereits vor sechs Jahren festgelegt wurden. Welche Fortschritte bei der Umsetzung dieses internationalen Fonds erzielt wurden und welche Rolle dabei die indigenen Völker spielen, hat OjoPúblico ausführlich untersucht.



Illegaler Holzschlag in Nueva Saposoa/Ucayali ©Hildegard Willer

Geplante Massnahmen in Peru

In Peru sollten bis 2020 etwa elf Millionen Hektar Wald als Schutzgebiete ausgewiesen werden, davon fünf Millionen Hektar für indigene Gemeinschaften. Das würde eine Verdopplung der

ausgewiesenen Schutzgebiete bedeuten. Sieben Jahre nach der Unterzeichnung des Abkommens DCI zeigen die Zahlen jedoch: Das Hauptziel, die Entwaldung zu stoppen, wurde nicht erreicht. Im Jahr 2020 wurde im peruanischen Amazonasgebiet so viel Wald abgeholzt wie noch nie. Mehr als 203.000 Hektar Wald gingen verloren, vor allem in den Regionen Ucayali, Loreto und Madre de Dios, die alle Teil der DCI sind.

Eine der wichtigsten Verpflichtungen der DCI in Peru im Zusammenhang mit indigenen Gebieten ist die Ausweitung von titulierte Gemeindeland um mindestens fünf Millionen Hektar bis zum Jahr 2020. Es sind jedoch kaum mehr als 1,9 Millionen Hektar erreicht worden. Mit anderen Worten: Ein Jahr nach Ablauf der Frist ist das Ziel um fast 60 Prozent verfehlt. 2020 verzögerte die Pandemie die Verwaltungsverfahren in den für die Titulierung indigener Territorien zuständigen regionalen Landwirtschaftsdirektionen. Aber auch vor der Pandemie gab es bereits Verzögerungen: 2019 wurden nur etwas mehr als 83.000 Hektar titulierte, 84 Prozent weniger als 2018 (526.000 Hektar).

Ucayali ist die Region, in der 2020 am meisten Wald zerstört wurde. 23,2 Prozent der mehr als 203.000 Hektar, die in Peru abgeholzt wurden, lagen in Ucayali. Titelvergabeverfahren gab es laut Berichten des Umweltministeriums in den Jahren 2019 und 2020 jedoch nur für Gemeinden in den Regionen Junín, Loreto und San Martín, nicht in Ucayali.

6 statt 40 Gemeinden erhielten Landtitel

In Ucayali sollten bis 2019 40 indigene Gemeinden im Rahmen des DCI einen Titel erhalten. Nur sechs Fälle wurden jedoch als vollständig abgeschlossen gemeldet. In diesen Fällen erhielten die Gemeinden ihre Landtitel, die in öffentlichen Registern eingetragen wurden. In drei Fällen wurde die Eintragung in öffentliche Register gemeldet, aber die Übergabe der Unterlagen an die Gemeinden stand noch aus. Weitere 30 Fälle, die meisten in der Provinz Atalaya, wo der Drogenhandel in den letzten Jahren zugenommen hat, werden derzeit noch von der Landwirtschaftsdirektion der Region bearbeitet.

Insgesamt wurde das Ziel von 11 Millionen Hektar Wald als neu ausgewiesene Schutzgebiete bis 2020 ein Jahr später nur zu etwas mehr als der Hälfte erreicht.

Verlängerung bis 2023

Ende Mai 2020 genehmigte die Regierung von Francisco Sagasti einen Zusatz zur DCI, der die ersten beiden der drei Phasen bis 2023 verlängert. Für die Umsetzung hat sich die norwegische Regierung zur Zahlung von rund 300 Mio. USD verpflichtet, abhängig von den Ergebnissen. Die letzte und dritte Phase wurde noch nicht umgesetzt, obwohl sie ursprünglich für 2020 geplant war.

In Peru ist die Generaldirektion für Klimawandel und Wüstenbildung im Umweltministerium für die Umsetzung des Abkommens zuständig.

Zwischen 2016 und 2021 wurden nach Angaben des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), das für die Verwaltung der Mittel in Peru zuständig ist, mehr als 16,5 Millionen USD ausgegeben. Der größte Betrag entfällt auf Zahlungen für Berater*innen und Dienstleistungen. Dazu gehört die Arbeit von lokalen Fachleuten und Techniker*innen, wie z.B. die Feldarbeit zur Titulierung oder Erweiterung indigener Gebiete. Im untersuchten Zeitraum entfielen auf diesen Posten 61,7 Prozent der Gesamtausgaben.

Woran liegt die schleppende Umsetzung?

Gustavo Suárez de Freitas, ehemaliges Mitglied des technischen DCI-Teams in Peru, ist der Ansicht, dass dem Umweltministerium ein eigenes Referat für die Umsetzung und ein bereichsübergreifender Ansatz fehlen. „In Brasilien gibt es ein Team von 15 Ministerien, aber wer ist hier in Peru verantwortlich?“ Das Ministerium für landwirtschaftliche Entwicklung (Midagri) ist für das Kataster, die Titulierung und die Registrierung ländlicher Grundstücke zuständig. Hauptziel ist die Formalisierung der Eigentumsrechte im Amazonastiefland und in bestimmten Gebieten des Andenhochlands. Mitte Oktober führten die Verzögerungen bei der Titulierung zu einer Sitzblockade von indigenen Vertreter*innen vor dem Ministerium für Justiz und Menschenrechte in Lima.

Zuständigkeit in den Regionen

James Leslie, UNDP-Fachberater für Ökosysteme und Klimawandel, meint, die zuständigen Landwirtschaftsabteilungen der Regionalregierungen bräuchten ein größeres Budget für die Titulierungsprozesse. Im Rahmen des DCI werden Logistik und Personal für die Vor-Ort-Arbeit zur Verfügung gestellt. Für die Vergabe der Landtitel sind jedoch die jeweiligen Landwirtschaftsabteilungen zuständig. Hier kommt ein weiteres Problem hinzu: Ende 2018 hatte die Staatsanwaltschaft eine Reihe von Akten der Landwirtschaftsabteilung von Ucayali beschlagnahmt. Deren damaliger Leiter steht heute unter Hausarrest. Die Staatsanwaltschaft für organisierte Kriminalität ermittelt wegen Landhandels gegen mehrere Beamte. Unter den beschlagnahmten Akten befanden sich auch die der Gemeinde Diobamba. Die Untersuchungen verzögerten die weitere Titulierung von Gemeindeland. „In der Landwirtschaftsdirektion von Ucayali sagt man uns, dass unsere Dokumente noch bei der Staatsanwaltschaft liegen und wir ohne sie nicht vorankommen können“, beschwert sich der Gemeindevorsteher von Diobamba, Jarvi Tamani López. Von den zuständigen Beamten erhält er keine Informationen über die Fortschritte bei der Ausweitung der Territorien. Und Tamani López verfügt weder über Telefon-

und Internetverbindung noch über ausreichend Geld für die Fahrtkosten in die Hauptstadt Pucallpa, um den Prozess zu verfolgen.

Nach Angaben der Verantwortlichen hat die Landwirtschaftsdirektion im Oktober 2018 den Gebietsabgrenzungsplan für Diobamba genehmigt. Alles, was noch aussteht, ist der Beschluss der Titulierung für die Eintragung in das öffentliche Register als letzter offizieller Schritt – drei Jahre nach Beginn des Titulierungsverfahrens. Obwohl die Diobamba-Akte nicht in die strafrechtlichen Ermittlungen einbezogen ist, wurde sie bis heute nicht an die Behörde zurückgegeben.

Der ehemalige Umweltminister Gabriel Quijandría Acosta betont, dass die Regionalregierungen für die Titulierung verantwortlich sind. Sie müssten den Verfahren oberste Priorität einräumen. Er kritisiert: „Da es keine standardisierten Verfahren gibt, haben wir 26 Möglichkeiten, die Titulierungsprozesse zu betrachten. Und das ist auch zu einer Quelle der Korruption in den Regionalregierungen geworden.“

Unklare Zuständigkeiten, mangelnde Koordination, Korruption und dann noch die Pandemie – es müsste sich einiges ändern, wenn die Waldabholzung durch Abkommen wie das DCI doch noch gestoppt werden soll.

Übersetzung und Zusammenfassung: Annette Brox

Gekürzte Fassung des Artikels „Comunidades Indígenas relegadas en financiamiento climático“ von Aramis Castro und Johanna Osorio. En: <https://ojo-publico.com/3224/comunidades-indigenas-relegadas-en-financiamiento-climatico>

11. „Klimafinanzierung muss auch politische Prozesse begleiten“

Wie die Recherche zum Norwegisch-Deutsch-Peruanischen Klimafonds zustande kam. Ein Gespräch mit dem Journalisten Aramis Castro, 32, vom Rechercheportal Ojo Público.

Infostelle Peru: Klimafinanzierung ist ja ein recht zähes journalistisches Thema. Da einigen sich bei einer COP ein paar Länder, zig Millionen USD zu geben, damit der Klimawandel aufgehalten wird und erhalten dafür viel Applaus. Aber sicherzustellen, dass das Geld wirklich das Geplante bewirkt, scheint sehr schwierig.

Aramis Castro: Ich recherchiere und schreibe seit fünf Jahren zum Amazonasgebiet in Peru, von daher beschäftige ich mich schon lange mit der Klimafinanzierung.

Die Logik ist die, dass weniger CO₂ ausgestoßen wird, wenn weniger Regenwald abgeholzt wird. Und es wird weniger Regenwald abgeholzt, je mehr dieser sich in Gemeinschaftsbesitz von

indigenen Völkern befindet. Dies ist mit Studien bewiesen. Deswegen ist eine Hauptstrategie der Klimafinanzierung die offizielle Ausweisung von indigenem Gemeinschaftsland, damit es gegen ungebremste Abholzung geschützt wird.

Das sollte auch der Norwegisch-Deutsche Waldschutzfonds für Peru bewirken, der [2014 unterzeichnet](#) wurde und [2021 um vier weitere Jahre](#) verlängert wurde.

Allerdings sind von den geplanten 300 Millionen US-Dollar, erst 16,5 Millionen ausgegeben worden.



Würdest Du sagen, dass der Waldschutzfonds gescheitert ist?

Ja und nein. Sicher spielt auch Corona eine Rolle. Aber schon vor Corona waren die Ziele bei weitem nicht erreicht. Die Hauptproblematik, dass das Abkommen bisher nicht besser umgesetzt wurde, liegt bei den staatlichen Stellen. Das Umweltministerium ist für die Umsetzung zuständig. Aber für die Landtitulierung ist das Landwirtschaftsministerium verantwortlich, und da wird wenig koordiniert. Dazu kommen die Regionalregierungen. Gerade die Regionalregierung in Ucayali ist in den letzten Jahren wegen Korruption und illegalen Landspekulationen mehrmals in schlechtes Licht geraten. 2020, das erste Jahr von Corona, war auch das Jahr mit der höchsten Entwaldungsquote der letzten 20 Jahre in Peru.

Aber die Internationalen Geber begnügen sich auch oft mit dem technischen Aspekt, und lassen den viel schwierigeren und langwierigen politischen Prozess außen vor. Das sieht man auch daran, wofür das Geld ausgegeben wurde: 61,7% ging in Beratergehälter und Löhne; 7,4% in Reisekosten.

Wie kamst Du darauf, das Dorf Diobamba in Ucayali zu besuchen?

Der Journalist Aramis Castro ©Estalin Colqui Girón

In einem internen Dokument las ich, dass viele Titulierungsprozesse nicht vorwärts gehen, weil die Anträge von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden waren. Zu diesen Gemeinden gehörte auch Diobamba, deswegen wurde ich neugierig und fuhr hin. Die Papiere der Gemeinde wurden zusammen mit anderen Papieren der Regionalregierung beschlagnahmt, als der Direktor des Landwirtschaftsministeriums in Ucayali wegen illegalem Handel mit Amazonas-Land festgenommen wurde. Und da sind sie auch nach Jahren noch, obwohl die Titulierung von Diobamba gar nichts mit dem Straffall zu tun hat.

In der Gemeinde kannten sie die Gemeinsame Absichtserklärung und das Waldschutzprojekt kaum. Es sei mal ein Ingenieur vorbeigekommen, habe ihnen Hoffnungen gemacht, und dann sei nichts mehr geschehen.

Wie hast Du die Informationen beschafft, und bist Du an Mauern gestoßen?

Ich habe offizielle Dokumente über das Informationsbeschaffungsgesetz bekommen. Behörden sind verpflichtet, Dokumente herauszugeben. Sie sind allerdings nicht verpflichtet, Interviews zu geben. Ich konnte nicht mit dem Umweltminister oder dem Landwirtschaftsminister sprechen. Ich habe auch Norwegen und das bundesdeutsche Umweltministerium, das für das Abkommen zuständig ist, angefragt. Norwegen hat mich auf eine Webseite verwiesen. Vom deutschen Umweltministerium habe ich nie eine Antwort erhalten.

Du schreibst seit fünf Jahren über das Amazonasgebiet: Was motiviert Dich und was kannst Du mit Deinen Recherchen erreichen?

Ich will die Geschichten der Menschen zeigen, die sonst in den Medien nicht vorkommen, damit sich etwas zugunsten von ihnen ändert.

Ein Beispiel, wo vermehrte Öffentlichkeit einen Wandel bewirkt hat, ist die Gemeinde Santa Clara de Uchunya. Das Unternehmen ist bei soviel Druck der Presse wesentlich „zahmer“ geworden und will jetzt mit dem Dorf verhandeln.

Das Gespräch führte Hildegard Willer

Übrigens hatte auch die Infostelle Peru e.V. kein Glück, als sie dem Bundesumweltamt Fragen zur Waldschutzfinanzierung in Peru stellte. Bis heute kam keine Antwort.

12. Acht Unternehmen bestimmen das Geschäft mit der Gesundheit

Das peruanische Gesundheitssystem unterscheidet zwischen den staatlichen “Hospitales” und den privaten “Clinicas”. Letztere sind in der Hand von acht gewinnorientierten Unternehmen.

Die schlimme Situation während der Pandemie im letzten Jahr mit fehlenden Intensivbetten, Sauerstoffmangel und der weltweit höchsten Sterberate hat den schlechten Zustand des peruanischen Gesundheitssystems offengelegt. Im InfoPeru haben wir immer wieder darüber berichtet. Auch wenn die Impfkampagne äußerst erfolgreich läuft und die Lage derzeit deutlich entspannter ist, hat sich an den grundlegenden Problemen im Gesundheitssektor nichts geändert. Die Nachrichten-Plattform [OjoPúblico](#) hat untersucht, wer den peruanischen Gesundheitsmarkt beherrscht, und was das für die Versorgung der breiten Bevölkerung bedeutet.

Immer wieder passiert es in Peru, dass eine Klinik die Aufnahme von Notfallpatient*innen verweigert, weil diese nicht bei einem Unternehmen versichert sind, mit dem die Klinik kooperiert. Notfallsanitäter in Lima berichten, dass sie oft 20 Minuten bis eine Stunde mit der Suche nach einem Krankenhaus verbringen, weil viele Privatkliniken die bedingungslose Aufnahme von Notfallpatient*innen verweigern, wenn diese nicht entsprechend versichert sind oder sich schriftlich zur Zahlung der Kosten verpflichten. Es kam auch schon vor, dass Krankenhauspersonal von den Sanitäter*innen Kostenübernahmegarantien für Patient*innen verlangt hat, die nicht bei Bewusstsein waren.

Das Menschenrecht auf Gesundheit

Gesundheit ist ein Menschenrecht, und auch das peruanische Gesetz besagt, dass jeder Mensch das Recht hat, "eine angemessene und rechtzeitige medizinische Versorgung sowie eine Notfallversorgung ohne vorherigen Nachweis oder Bezahlung zu erhalten". Die Pandemie hat jedoch gezeigt, wie schlecht es um das Recht auf Gesundheit steht, und die überhöhten Gebühren für die Versorgung in Privatkliniken offengelegt.

Die Regierung hat mit den Privatkliniken eine Vereinbarung geschlossen, dass diese schwerwiegend an Covid-19 erkrankte Patient*innen aufnehmen und der Staat ihnen die Kosten dafür erstattet. Zwischen Juli 2020 und Januar 2021 haben die Kliniken gerade einmal 43 Patient*innen aufgenommen. Es gab zahlreiche Beschwerden von Angehörigen, dass einige Privatkliniken die Aufnahme von Schwerkranken von der Zahlung bzw. der Unterzeichnung von Zahlungsverpflichtungen von bis zu einer Million Soles (220.000 Euro) abhängig machten.

Das Geschäft mit der Gesundheit

Kliniken sind nur ein Glied im System der privaten Gesundheitsfürsorge. Sie reicht von Versicherungsgesellschaften und Gesundheitsdienstleistern, die eine breite Palette von Produkten anbieten, von Lebens-, Mutterschafts- und Krankenversicherungen bis hin zu Unfallschutz und Bestattung. Dann gibt es Einrichtungen, die die vertraglich vereinbarten Dienste erbringen: Kliniken und Unternehmen, die Ambulanz-, Labor-, Diagnose-, Apotheken- und Bestattungsdienste anbieten.

In Peru konzentriert sich dieses System auf acht Wirtschaftsgruppen: Die Finanzholdings Credicorp, Intercorp und Breca, das führende spanische Versicherungsunternehmen Mapfre, die Komplementärdienste Fesalud und Vital sowie die Kliniknetzwerke San Pablo und Auna.

Einige dieser Gruppen praktizieren die so genannte vertikale Integration, ein Geschäftsmodell, bei dem der Geldgeber einer Dienstleistung gleichzeitig der Eigentümer des Unternehmens ist, das sie anbietet. Hinzu kommen Netzwerke von Kliniken, die entweder direkt oder über ihre Partner eigene Labors, Diagnostikunternehmen und sogar Lehrzentren gründen, um ihre Dienstleistungen

auszuweiten und höhere Gewinne zu erzielen. In Ländern wie Chile und Kolumbien ist die vertikale Integration verboten, weil sie Gesundheitskonzernen ermöglicht, die medizinische Behandlung nach ihren Gewinnabsichten auszurichten.

Vier Beispiele für das Geschäftsmodell im peruanischen Gesundheitssektor:

Rimac Seguros y Reaseguros S.A. ist seit 16 Jahren mit einem Marktanteil von 36 Prozent Marktführer im Bereich der Schaden- und Unfallversicherung. Das Unternehmen ist eine Tochtergesellschaft der Breca-Gruppe, die in den Bereichen Bergbau, Fischerei, Zement und Tourismus investiert. Die Tochtergesellschaft Rimac S.A. hat Verträge mit 53 privaten Gesundheitseinrichtungen geschlossen, verfügt aber auch über die konzerneigene Clínica Internacional mit vier Niederlassungen. Im Jahr 2020 erwirtschafteten die von der Breca-Gruppe geführten Gesundheitsunternehmen einen Nettogewinn von 288 Mio. Soles (63 Mio. Euro).

Die zweite Holdinggesellschaft mit einer vertikalen Integration im Gesundheitssektor ist die Credicorp Ltd., die mit zwölf Tochtergesellschaften an der Gesundheitskette beteiligt ist und weitere Dienstleistungsunternehmen im Gesundheitsbereich unterhält. Seit 1994 ist Credicorp Ltd. auch Eigentümerin von Prosemedic S.A.C., einem Unternehmen, das medizinische Instrumente und persönliche Schutzausrüstung importiert. Prosemedic hat dem Staat im ersten Jahr der Pandemie Masken, Handschuhen und Sicherheitsausrüstung im Wert von 3,813 Mio. Soles (836.000 Euro) verkauft und 2021 einen zusätzlichen Umsatz von 1,308 Mrd. Soles (286 Mio. Euro) erzielt.

Eine weitere Wirtschaftsgruppe, die sowohl als Geldgeberin als auch als Anbieterin auftritt, ist Mapfre, ein spanisches Versicherungsunternehmen, das Tochtergesellschaften auf fünf Kontinenten unterhält. Das Unternehmen hat in Peru Verträge mit 79 Kliniken und Gesundheitseinrichtungen und besitzt selbst vier medizinische Zentren. Darüber hinaus verfügt Mapfre über einen eigenen Friedhof für die von ihm verkauften Lebens- und Sterbeversicherungen. Ende 2020 erwirtschaftete Mapfre mit dem Verkauf von Allgemein-, Kranken- und Kfz-Versicherungen Einnahmen in Höhe von 1,170 Mrd. Soles (257,4 Mio. Euro).

Die jüngste Finanzholding, die ihre Präsenz auf den Gesundheitssektor ausbaut, ist Intercorp, das Imperium von Carlos Rodríguez-Pastor, mit Banken, Supermärkten, Apotheken, Kaufhäusern, Kinoketten, Hotels und Bildungseinrichtungen. Im Juni 2019 eröffnete der Konzern seine erste Gesundheitseinrichtung, die Aviva-Klinik in Los Olivos, wofür er mehr als 50 Mio. Soles (elf Mio. Euro) investierte. Intercorp ist auch in die Telemedizin eingestiegen: mit den Apps Alivia und Consultapp, die im ersten Jahr der Pandemie entwickelt wurden, um in Zusammenarbeit mit der neuen Klinik medizinische Beratung und Nachsorge per Videoanruf anzubieten. Beide Apps sind auch mit der kürzlich eingeführten Plattform "Receta Médica" verknüpft, die vom Facharzt verschriebene Rezepte elektronisch erstellt und den Kauf von Medikamenten ermöglicht, ohne das Haus zu verlassen. Seine Lieferanten sind die Apotheken derselben Unternehmensgruppe:

Inkafarma, Mifarma und Arcángel. Gegen sie läuft derzeit eine Unterlassungsklage wegen eines möglichen Verstoßes gegen den freien Wettbewerb.



Private Krankenhäuser in Lima. ©ANDINA Archivo

Von der Geburt bis zum Tod bei demselben Konzern

Der ehemalige Gesundheitsminister Víctor Zamora erinnert daran, dass die Weltbank in den 1990er Jahren in ihrer globalen Gesundheitsreformagenda empfahl, Anbieter und Financier medizinischer Leistungen zu trennen, um Markt und Wettbewerb zu fördern. Peru widersetzte sich jedoch diesen Bestimmungen. Die Finanzkonzerne begannen – mit Duldung des Staates -ihre Geschäfte im Gesundheitssektor auszuweiten. “Von Ihrer Geburt bis zu Ihrem Tod gehören Sie wahrscheinlich zu ein und derselben Finanzgruppe. Diese Unternehmen kaufen und gründen Unternehmen, bis sich Ihr Leben um einen einzigen Fonds dreht: Sie zahlen für die vorgeburtliche Betreuung, die Geburt, einen Schulunfall, die Gesundheitsversorgung im Erwachsenenalter und sogar die Beerdigung. Alle Dienstleistungen rund um Leben und Gesundheit. Hier wird die marktbeherrschende Stellung missbraucht, obwohl die Gesundheit ein öffentliches Gut ist”, so der Ex-Gesundheitsminister. Diese Verknüpfung schaffe einen perversen Anreiz, da der Versicherer daran interessiert ist, monatliche Beiträge zu kassieren, aber so wenig wie möglich auszugeben.

Eduardo Morón Pastor, Präsident des peruanischen Verbandes der Versicherungsgesellschaften, sieht die vertikale Integration dagegen positiv, da sie den privaten Krankenversicherungen

ermögliche, "einen qualitativ hochwertigen Service anzubieten, der jedoch einem bestimmten Budget unterliegt".

Frank García Ascencios, Dozent an der Universität von Lima, Jurist und Gesundheitsexperte warnt: "Die Unternehmenskonzentration im Gesundheitssektor schadet den Patient*innen, weil es keine echte Marktfreiheit gibt. Bei einem Krankenhausaufenthalt haben Sie nicht die Möglichkeit, Medikamente zu einem anderen Preis zu kaufen, sondern Sie unterliegen den Vorschriften der Klinik und der mit ihr verbundenen Unternehmen, seien es Apotheken, Labors oder Diagnosedienste. Das bedeutet, dass diese untereinander die Kosten für die Untersuchungen festlegen können, die den Patient*innen in Rechnung gestellt werden."

Insgesamt erbringt der private Sektor Leistungen für 5,3 Prozent der versicherten Bevölkerung. Etwa 1,7 Millionen Menschen zahlen für die Inanspruchnahme ihrer Dienste monatliche Beiträge zwischen 112 und 3.588 Soles (25 und 790 Euro), je nach gewähltem Tarif. Dies entbindet sie nicht von Zuzahlungen für Arztbesuche, Krankenhaustage, diagnostische Leistungen und Apotheken. Laut einer Studie des Beratungsunternehmens Total Market Solutions (TMS) machten diese drei letztgenannten Posten fast die Hälfte der von Privatkliniken im Jahr 2018 in Rechnung gestellten 1,826 Mrd. Soles (401,7 Mio. Euro) aus.

Die Schwäche des öffentlichen Gesundheitssystems

Obwohl fast 90 Prozent der Peruaner*innen im Sistema Integral de Salud (SIS) oder im Seguro Social de Salud (Essalud) gesetzlich versichert sind, suchen die Menschen deren Gesundheitseinrichtungen oft nicht auf. Laut einer vom Nationalen Statistik-Institut INEI durchgeführten Umfrage haben 58 von 100 Personen, die zwischen Oktober und Dezember 2019 an chronischen Krankheiten oder Beschwerden litten, keinen Arzt aufgesucht. Einer der Gründe ist die lange Wartezeit. Angesichts der Überlastung der beiden Einrichtungen mit den meisten Versicherten scheinen Privatkliniken die bessere Alternative zu sein.

Der ehemalige Gesundheitsminister Víctor Zamora fordert deshalb eine Stärkung des öffentlichen Gesundheitssystems. Der private Sektor solle dessen Dienstleistungen ergänzen, nicht ersetzen.

Annette Brox

Quelle: <https://ojo-publico.com/3225/los-ocho-grupos-economicos-detras-del-negocio-de-la-salud>

13. "Ich bin nur die Vermittlerin"

Die peruanische Künstlerin Daniela Zambrano setzt sich für die Rückgabe von Raubkunst in deutschen Museen nach Peru ein.

Daniela, möchtest Du Dich kurz unseren Leser*innen vorstellen?

Hallo, ich heiße Daniela Zambrano Almidón. Ich komme aus dem Norden Limas und zurzeit lebe ich in Berlin. Ich bin Künstlerin, Forscherin und Aktivistin.

Seit wann bist Du in Deutschland und wieso hast Du Dich dazu entschieden Deine erste Heimat hinter Dir zulassen?

Bevor ich nach Deutschland gekommen bin, war ich als Au Pair in Österreich. Ich habe mich dazu entschlossen in Berlin meinen Master in ‚Kunst im Kontext‘ zu machen, weil es nicht so viele Kunststudiengänge in Peru gibt bzw. die zu teuer sind. Außerdem habe ich Verwandtschaft in Deutschland. In der Kunst redet man viel von Europa und viel ist Richtung ‚Westen‘ ausgerichtet, also dachte ich mir, warum nicht mal dahin, wovon mir so viele immer erzählt haben!

Deine Kunstprojekte sind politisch, z.B. die Performance über die Zwangssterilisation von peruanischen indigenen Frauen unter Diktator Alberto Fujimori. Welche Message möchtest Du mit Deiner Kunst an die Menschen bringen? Und welche Rolle spielt dabei Deine Herkunft, Familie und Erfahrungen?



©Daniela Zambrano

Eigentlich sind es sehr viele miteinander verbundene Themen, die mich beschäftigen. Ich versuche diese mit der Realität, aus der ich komme, zu verbinden. Natürlich spielt meine Familiengeschichte hierbei eine große Rolle. Ich hatte zwar das Glück beschützende und liebende Eltern und Großeltern zu haben, aber trotzdem war mein Umfeld kein privilegiertes. Gerade die Zwangssterilisationen sind ein sensibles Thema. Die Zwangssterilisationen wurden auch in dem Dorf meiner Oma durchgeführt und in gewisser Weise war auch meine Oma ein Opfer. Leider ist dieses Thema und generell die Gewalt unter Fujimori noch immer ein Tabuthema, in den Schulen wird kaum dazu unterrichtet. Auch mir hätte das passieren können und trotzdem gibt es eine große gesellschaftliche Distanz zu dem Thema. Zwar gibt es jetzt mehr wissenschaftliche Diskurse und Forschungen dazu, aber in diesen sind wir Forschungsobjekte. Dabei ist es ein gesamtgesellschaftliches und persönliches Thema, mit dem wir uns kollektiv auseinandersetzen müssen.

In den Performances ist es mir besonders wichtig, nicht die Protagonistin zu sein und mich nicht in den Vordergrund zu drängen. Die Gemeinden und Gemeinschaften sollen wirken, ich bin nur die Vermittlerin. Künstler*innen, die sich dieser Themen annehmen, tragen auch eine Verantwortung. Kunst ist für mich ein Medium. Man darf nicht wieder Rassismus und Sexismus reproduzieren. Die Unterdrückungsdimensionen *race, sex und class* wirken hier intersektional und verstärkend. Es ist schon schwer genug eine Frau zu sein! Stell Dir mal vor, wie es ist eine indigene Frau zu sein, die ökonomisch arm ist! Im Endeffekt war Fujimoris Politik auch kolonial – er wollte nicht nur die absolute Kontrolle über Territorien haben, sondern auch über die Körper und Reproduktion der Bevölkerung.



©Daniela Zambrano

Du hast viel über Restitution, also die Rückgabe von Kunst- und Kulturgütern, die in der Kolonialzeit gestohlen wurden, geforscht. Besonders eine peruanische Mumie hat Dich beschäftigt – die ‚Mallqui‘ wurde in der Kolonialzeit gestohlen und soll jetzt im Humboldt-Museum in Berlin ausgestellt werden. Eine Gemeinde in Chuquitanta (Lima) erhebt Anspruch auf die Rückführung dieser Mumie. Wie bist Du auf das Thema gekommen?

Die „Mallqui“ ist ein 1000 Jahre altes prähispanisches Begräbnisbündel aus zwei menschlichen Körpern, eines Erwachsenen und eines Kindes, das vor 150 Jahren aus Peru geplündert wurde. Die Mumie selbst wurde demnach im heutigen Lima, in San Martín de Porres, gefunden, hat aber andine Attribute und Federschmuck aus dem Amazonasgebiet bei sich. Selbst die Mumie war also wohl schon interkulturell.

Auch hier müssen wir die Sachen im Zusammenhang sehen, denn auch hier gibt es diesen „choque de mundos“, also den Zusammenprall zweier Welten. Einerseits hat der Raub von heute peruanischen Gütern den Kolonialist*innen viel Geld gebracht. Gleichzeitig wurde die indigene

Bevölkerung ausgebeutet. Was für die einen Ruhm und Reichtum war, hieß für die anderen Versklavung und Schmerz. Nicht nur die Kunst- und Kulturgüter wurden kapitalisiert, sondern auch die indigenen Körper, ihre Fähigkeiten und ihr Wissen. Das Wissen der indigenen Menschen wurde ausgenutzt, wobei bereits benannte Orte, Phänomene und Gegenstände neu vom ‚weißen Mann‘ benannt wurden.

Also wurden nicht nur physische Gegenstände wie Gold, Mumien und Gewänder extrahiert, privatisiert und nach Deutschland (oder andere Kolonialländer und ihre Verbündete) gebracht, sondern auch das angesammelte Wissen, die Geschichte und die Identität der indigenen Gemeinschaften. Die Kolonialist*innen herrschten mit körperlicher und kultureller Dominanz. Die Machtstrukturen, die Eliten bevorzugen, wirken damals wie heute. Auch heute gibt es noch viele ‚Humboldts‘, die das Ganze romantisieren.

Wie viele peruanische Kulturgüter gibt es in Deutschland? Wie sind sie hier hergekommen?

Genau weiß man das nicht, aber allein in der ethnographischen Sammlung der Staatlichen Museen zu Berlin gibt es 56.199 Objekte aus dem heutigen Peru! Weitere große Sammlungen sind in Leipzig und München. Die größte Sammlung ist von einem einzigen Sammler, Christian Theodor Wilhelm Gretzer, in den Jahren 1872 bis 1904 zusammengetragen worden. Durch zwei Ankäufe 1899 und 1907 kamen 44.600 Objekte der 70.000 Artefakte, überwiegend Grabfunde von der Küste Perus, nach Berlin.

Du bist in Berlin in einer Initiative namens *DecolonizeM21*, die versucht, die peruanischen Güter wieder nach Peru zu bekommen. Wie versucht Ihr das? Habt Ihr peruanische Unterstützung – wenn ja, von wem?

[DecolonizeM21](#) wurde initiiert durch den Besuch des Moduls 21 der oben genannten ethnographischen Sammlung. Modul 21 ist die sogenannte südamerikanische Sammlung. Aus dem Besuch wurde im Rahmen der Uni eine Kooperation, bei der viele kritische Projekte gemacht wurden. Eines der Ziele war aber auch Zugang zu den riesigen Wissensarchiven zu bekommen, die fälschlicherweise in Deutschland sind und somit Peruaner*innen zum Kennenlernen ihrer Geschichte und zur Identitätsbildung fehlen.

Unterstützung seitens Peru gibt es von Gemeinden und nicht-staatlichen Organisationen. Der peruanische Staat ist sehr fragmentiert und interessengeleitet von politischen und wirtschaftlichen Eliten. Anfragen an die peruanische Botschaft in Berlin blieben ohne Ergebnis.

Was soll mit den Objekten passieren, wenn sie wieder in Peru sind?

Hier müssen das Kulturministerium Perus und die Gemeinde, aus denen die Güter stammen, eine gemeinsame Lösung finden. Das Hauptentscheidungsrecht liegt aber bei den Gemeinden. Die Gegenstände sollen nicht wieder in Museen, weil wir sonst ein ähnliches Problem haben – nur an anderer Stelle. Die Gemeinden haben schon gegen so viel Neokolonialismus, Rassismus und so

weitergekämpft, wir Menschen in der Diaspora haben nur die Aufgabe auf diesen Kampf aufmerksam zu machen und ihn zu unterstützen, wo wir können.

Warum glaubst Du, dass die Restitution so wichtig ist und wie glaubst Du, kann sie vonstattengehen?

Die Restitution ist eben nicht nur die simple Rückgabe der geklauten Gegenstände, sondern auch eine Wiedergutmachung auf psychologischer Ebene. Der Kolonialismus hat nicht nur die Mumie gestohlen, sondern auch Lebensweisen, Wissen, Kulturen und Sprachen unterdrückt und ausgerottet. Auch die Umwelt, in der die Menschen vor der Eroberung gelebt haben, wurde zerstört. Kolonialismus ist auch die Grundlage für Neokolonialismus heute, der wieder Natur und Menschen ausbeutet. Bei einer Restitution auf allen Ebenen müssen wieder lebendige Räume geschaffen werden und dafür muss z.B. der Fluss wieder sauber und gesund werden und die Bildung verändert werden. So ein Ort hätte dann großes Potential die Art und Weise, wie wir Geschichte sehen, zu revolutionieren, zu dekolonialisieren. Restitution ist die Rückgabe der Kulturobjekte und damit auch die Rückgabe von Respekt dem lange Unterdrückten.

Hast Du abschließend noch etwas, was Du mit uns teilen möchtest?

Nur, dass ich mich verleugnen würde, würde ich die Augen vor solchen Sachen verschließen. Ich würde meine Herkunft, meine Familie, meine Nachbar*innen und meine Freund*innen verleugnen. Meine Mama hat mir beigebracht, mich einzumischen und anderen zu helfen. Würde ich das nicht tun, würde ich auch die Prinzipien meiner Mama leugnen. Also dekolonialisiert die Bildung und die Diskurse und schafft eine auf allen Ebenen vollständige Restitution!

Wer mehr über Daniela Zambrano Almidón und ihre künstlerische Arbeit erfahren möchte, kann sich auf ihrer Website informieren: <https://danielazambranoalmidon.wordpress.com/>.

Eine Petition von DecolonizeM21 zur Rückgabe der „Mallqui“ findet sich [hier](#).

Das Interview hat Elisa Bemmerl geführt und übersetzt.

14. Eine gemeinsame Sprache zwischen Bayern und Regenwald

Trudi und Heinz Schulze lassen 25 Jahre Partnerschaft der Stadt München mit den Ashaninka in Peru Revue passieren

Wer sind die Ashaninka ?

Das indigene Volk der Asháninka lebt heute vor allem in den peruanischen Regionen Junín und Cusco. Die Asháninka (bedeutet: die, die eine gemeinsame Sprache sprechen) gehören zur Sprachfamilie der Arawak und sind vor ca. 3.500 Jahren nach und nach aus dem heutigen Brasilien

eingewandert. Mit mehr als 80.000 Menschen sind sie das größte indigene Volk im amazonischen Regenwald Perus. Traditionell lebten die Asháninka autark in kleineren Verwandtschaftsverbänden seminomadisch vom Wanderfeldbau. Untereinander und mit Anderen fand – meist über die Flusswege – ein reger Austausch statt. Die ersten Weißen auf ihrem Gebiet waren wohl Mitte des 16. Jahrhunderts katholische Missionare, die zweihundert Jahre später vorübergehend wieder vertrieben wurden, weil sie Krankheiten mitbrachten und Unfrieden stifteten. Im Gefolge richteten Militär und vor allem Großunternehmen, die an Holz und Kautschuk interessiert waren, enormen Schaden an. Deren Anwerbetrupps verschleppten viele Asháninka und ließen sie erbärmlich versklaven. Seit etwa hundert Jahren und erst recht seit den 1970er Jahren führte die Regierungspolitik dazu, dass immer mehr verarmte Kleinbauernfamilien aus den Anden im Regenwald und auf Asháninkagebiet siedelten. Die andine Landwirtschaft ist nicht an die Verhältnisse im fragilen Regenwald angepasst und die Vorstellungen von privatem Landeigentum sind es auch nicht. Ergebnis ist unter anderem, dass es Regionen gibt, in denen sie bereits eine Minderheit darstellen.



Zwei Asháninka-Frauen in München mit Gastgeber Heinz Schulz ©Jorge Rodriguez

Traumatisiert durch den Leuchtenden Pfad

Vor allem in den Jahren 1980 bis 1990, aber auch noch über die Jahrtausendwende hinaus, litten die Asháninka massiv unter den militärischen Auseinandersetzungen zwischen dem peruanischen Militär und der Organisation des Sendero Luminoso (Leuchtender Pfad / Partido Comunista del Perú – por el Sendero Luminoso de José Carlos Mariátegui). Terror und Repression vertrieben rund 10.000 Asháninka aus ihren Siedlungen in die Wälder und Städte, und etwa 6.000 Asháninka wurden – teils äußerst brutal – getötet.

Im Zug der einsetzenden Befriedung des Gebiets in den 1990er Jahren gründete sich die Notstandskommission der Asháninka, um die aus den Sendero-Lagern befreiten Asháninka (vor allem Frauen und Kinder) zu versorgen, Rückführungen in die zerstörten Siedlungen zu ermöglichen und zu organisieren, sowie im Wald verharrende Traumatisierte zu finden und in Dorfgemeinschaften unterzubringen. Damals, als das Leben der Asháninka völlig aus den Fugen geraten war, ging an uns die Bitte aus Peru, die Arbeit der Notstandskommission zu unterstützen. Niemand wusste, was sich daraus entwickeln würde. Aus dieser ging die Regionalorganisation der Asháninka im zentralen Regenwald Perus (ARPI) hervor, eine unserer Partner*innen.

Dass und wie sich die Asháninka nach den Schreckenserlebnissen organisierten, um ihr Weiterleben und ihr Land kämpften, grenzt an ein Wunder.

München wird klimafreundlich

München hatte unter Rot-Grün nach der UN-Konferenz von Rio 1992 begonnen, seine Klima- und Umwelt-Hausaufgaben, gemeinsam mit Gruppen der Stadtgesellschaft, anzugehen. Dazu gehörte der Beitritt zum KlimaBündnis der europäischen Städte mit den indigenen Völkern Amazoniens. Damit verbunden war (unter anderem) die Verpflichtung, den CO₂-Ausstoß zu verringern, kein Tropenholz zu verwenden, die eigene Bevölkerung über die Bedeutung der Regenwälder zu informieren und die indigenen Völker beim Waldschutz zu unterstützen. Angesichts der katastrophalen und dramatischen Lage, die bei den Asháninka herrschte, und andererseits den Klimaverpflichtungen der Landeshauptstadt war uns klar: Ein Novum, eine Art Klimapartnerschaft musste her, denn eine Städtepartnerschaft mit einem indigenen Volk kam nicht in Frage, aber auch keine mit einem kleinen Ort im zentralen peruanischen Regenwald.

Wir gingen von einigen grundsätzlichen Überlegungen und Statements aus

* Global denken – lokal handeln. Das hieß, die neue Partnerschaft musste in der Kommune verankert werden und die Öffentlichkeit z.B. durch Informations- und Bildungsarbeit zu global verträglichem Handeln ermutigt werden.

* Von München soll kein Schaden ausgehen. Das hieß und heißt in der Konsequenz: Nachhaltigkeit auf allen Ebenen, im Beschaffungswesen, im Verkehrswesen, etc.

* Man kann sich nicht für andere, sondern nur mit anderen partnerschaftlich verhalten. Das heißt, da wir die jeweils konkrete Situation der Asháninka nicht gut genug kennen, und sie nicht unsere, müssen wir gemeinsam lernend aktiv sein.

* Last, but not least: Wenn sich in den Industrieländern nichts grundsätzlich ändert, ändert sich letztlich auch nichts im Regenwald zum Guten. Denn dann wird er verschwunden sein und seine Völker ebenso, auf die eine oder andere Weise

Wie beginnt man eine Partnerschaft mit einem ganzen Volk

Die Indigenen und ihre Organisationen hatten bisher mit Leuten von außen keine guten Erfahrungen; die aktuelle Spezies ausländischer Vertreter*innen war an Ressourcen aus dem Wald oder der Durchführung von Modernisierungsprojekten interessiert, für die sie Geld im Entwicklungshilfe-Gepäck mitbrachte.

Die Anfänge der Zusammenarbeit waren sehr behutsam, denn wie sollte eine Kooperation auf Augenhöhe, ein Geben und Nehmen, bei der Ausgangssituation der Asháninka nach den Jahren von Terror und Angst und den bisherigen Erfahrungen mit Außenstehenden aussehen und möglich sein?

Dazu kam, dass es bei uns Aktiven durchaus brauchbare Expertise gab, aber nicht wirklich zum peruanischen Regenwald. Die Welt- und Wertevorstellungen, die Sozialstrukturen, Abhängigkeiten und Gepflogenheiten, spezifische gesetzliche Vorgaben und den Lebensalltag der Menschen kannten wir anfangs nicht.

Erster Besuch im Regenwald unter Polizeischutz

Bei unserem ersten Besuch bei den Asháninka waren zum Schutz unserer kleinen Delegation mit dem grünen Bürgermeister Münchens immer bewaffnete Soldaten mit auf dem Pick-Up, wenn wir zu den Ortschaften fuhren. Für uns beklemmend, für die Begleiter und Gastgeber*innen ein riesiger Schritt in normale Zeiten: Bis kurz zuvor wären wir als vermeintliche Terrorist*innen oder militärisches Zivilpersonal in der Schusslinie gewesen; je nachdem, in wessen Visier wir geraten wären. Das sagte einer der Soldaten, die uns bewachten.

In den 25 Jahren der Partnerschaft bekamen wir mit, dass die Kokainmafia und illegale Holzfäller mehr als 20 Menschen ermordeten, ein sehr engagierter Bürgermeister, der entschieden gegen illegale Abholzung eintrat, unter ungeklärten Umständen bei einem Verkehrsunfall starb, und dass immer wieder unschuldige Comuneros vor Gericht gezerrt und Dorfgemeinschaften mürbe gemacht wurden, um sie einzuschüchtern und Widerstand aus dem Weg zu räumen. Andererseits mussten sich zwei Bürgermeister im Distrikt und der Provinz Satipo wegen Korruption bzw. Drogengeschäften vor der Justiz verantworten.

Eine rege Besuchstätigkeit beginnt

Im Lauf der Zeit absolvierten fünf Studierende aus München ein Praktikum in Organisationen der Asháninka und eine Pädagogin arbeitete über den Senior Experten Service in der dortigen Lehrerfortbildung. Wir organisierten zwei Bildungsreisen mit Lehrer*innen bzw. Umweltaktivist*innen und zwei Besuchsreisen mit Münchens grünem Bürgermeister (alle selbst

bezahlt) sowie drei Reisen des Koordinators (Arbeitskreis München Asháninka) zur unmittelbaren Koordination mit den Asháninka (einmal mit Flugkostenzuschuss). Aus verschiedenen Organisationen und Wohnorten konnten wir 21 Asháninkavertreter*innen (mehr Frauen als Männer) für jeweils mehrere Wochen Besuchsprogramm nach München einladen und zahlreiche Bildungsveranstaltungen mit ihnen durchführen. Ihr extem intensives Programm führte sie an Schulen aller Gattungen; sie berichteten vor Studierenden und in der KiTa, führten Fach- und politische Gespräche mit Abgeordneten, gaben Workshops, waren Referent*innen bei öffentlichen Veranstaltungen.

Die persönlichen Begegnungen und Informationen aus erster Hand sind eine der Säulen der Partnerschaft.



Webkurs bei Ashaninka-Frauen ©Liz Munoz

Was uns und den Asháninka wichtig ist

Man kann sagen, dass die Partnerschaft auf unserer Seite (des Arbeitskreises) drei Hauptsäulen hat.

- * Die Informations-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit.
- * Die politische Arbeit im Sinne von Einwirken auf politisches und wirtschaftliches Handeln – im Verbund mit anderen Organisationen.
- * Die direkte Unterstützung wichtiger Aktivitäten und Projekte indigener Organisationen.

Um den Rahmen hier nicht zu sprengen: Informations- und Bildungsarbeit braucht mannigfache Materialien – und so viele wie möglich davon authentisch. Im Fall unserer Partnerschaft reden wir von Anschauungsmaterialien in einem didaktischen Regenwaldkoffer ebenso von Broschüren, Fachaufsätzen, Radiobeiträgen, Kartenspielen für kleine oder größere Kinder, Fabeln und Geschichten, von Analysen und einem jährlich erscheinenden Fotokalender – bis hin zum selbst produzierten Video von Asháninkafrauen über sich und die Entwicklung ihrer Organisation.

Zur eher politischen Arbeit lassen sich folgende Beispiele nennen: Als nach Befragungen feststand, dass die Asháninka den geplanten Mega-Staudamm Pakitzapango ablehnten und verhindern würden, leisteten wir politische (und geringfügig finanzielle) Unterstützung. Oder wir unterstützen die Forderung an die deutsche Regierung, endlich die ILO-Konvention 169 zu ratifizieren, die für die indigenen Völker sehr wichtig ist. Die Protestbriefe bei Ungerechtigkeiten und Übergriffen aller Art an die peruanische Regierung sind zahlreich. Im Gegenzug unterstützten uns die Asháninka bei Protesten gegen die hiesige, zögerliche Klimapolitik oder dem geplanten Donauausbau.

Was unsere (vor allem finanzielle) Unterstützung wichtiger Anliegen und Projekte der Asháninka betrifft, muss betont werden, dass die Definition von wichtig eine gemeinsame ist, die auf den Vereinbarungen mehrerer Kongresse verschiedener Asháninka-Organisationen beruht und durch von uns eingebrachte Präferenzen (Frauen als Akteur*innen, geringstmöglicher finanzieller Einsatz mit höchstmöglicher Wirkung, etc.) angereichert wurde: dem komprimierten Einmaleins der Entwicklungszusammenarbeit, könnte man sagen.

Die wichtigsten Anliegen der Ashaninka

Am wichtigsten für die Asháninka (und damit für Unterstützung durch uns) ist in den letzten Jahrzehnten:

- Dass sie für ihr Territorium als (Dorf-)Gemeinschaft offizielle Landtitel erhalten, um sich als juristische Person gegen illegale Eingriffe aller Art überhaupt zur Wehr setzen zu können.
Die Prozedur ist langwierig, erfordert Fahrten in die Stadt und Notargebühren werden fällig.
- Dass weitere Abholzung und Entwaldung verhindert werden und dort, wo es schon zu spät ist, Wiederaufforstung mit heimischen Bäumen betrieben wird. Das mag harmlos klingen, aber im Kampf gegen die Waldvernichtung und ihre Handlanger stehen die Asháninka oft allein da, ohne Hilfe staatlicher Instanzen. In manchen ihrer Gebiete müssen sie sogar der Polizei tagesaktuelle Beweise (z.B. Fotoaufnahmen mit eingebauter Datum-Uhrzeit-Angabe) vorlegen, um überhaupt eine Anzeige gegen illegale Eindringlinge (z.B. Koka-Pflanzer) stellen zu können. Im Zusammenhang mit dem Regenwalderhalt benötigen die

Dorfgemeinschaften oft juristischen Beistand, den sie nicht immer komplett selbst schultern können. Bei der Wiederaufforstung degradierter Waldgebiete zählt nicht die Anzahl der Setzlinge, sondern wie viele Bäume tatsächlich nach einigen Jahren angewachsen sind. Zahlreiche Projektträger verwenden die Zahl der Setzlinge für Erfolgsmeldungen.

Unsere Lieblingsprojekte

Aber die Arbeit in dieser Partnerschaft muss Spaß machen und so haben wir auch Lieblingsprojekte, auf die wir sehr stolz sind oder die uns besonders gut gefallen. Da wäre zum Beispiel der musterhafte und einfache Aufbau von „Standesämtern“ in abgelegenen Siedlungen, der mit einer kleinen Summe von uns stattfinden konnte: Wer nicht in die Stadt fahren konnte, um die Geburt seines Kindes anzumelden, erhielt für das Kind keine Geburtsurkunde. Ohne diese kein Schulbesuch, kein Personalausweis.

Bewundernswert finden wir auch die Frauen, die es mit einer kleinen Anschubfinanzierung aus dem Arbeitskreis geschafft haben, Naturschmuck herzustellen und sich beharrlich und gezielt so zu perfektionieren, dass heute mehr als hundert von ihnen mit dem Verkauf von Schmuck oder Textilien ihr Einkommen verdienen und ihre Produkte gefragt sind. Andere Frauen verarbeiten inzwischen Bio-Kakao zu Schokolade und Pralinen hoher Qualität. Auch sie brauchen uns nicht mehr.

Andere schöne Projekte waren sinnvolle Fortbildungen, wie zum Beispiel die von Vertreter*innen aus elf Dorfgemeinschaften: Mit (der für uns sehr hohen) Summe von 6.000 Euro „unterrichtete“ unsere kleine Partnerorganisation die Dörfer über ihre Rechte und über staatliche Fördermittel im Rahmen des Bürgerhaushalts – und über die Voraussetzungen und das exakte Prozedere der Beantragung. Zehn der elf Dörfer konnten im darauffolgenden Jahr die Gesamtsumme von umgerechnet 200.000 US-Dollar Zuschuss vom Staat für ihre Infrastruktur erhalten.

Rückschläge fehlten nicht

Es gab und gibt Probleme und Enttäuschungen in der Partnerschaft.

Zwei der peruanischen Delegierten, die in München waren, haben sich auf die Seite der Waldzerstörer geschlagen: einer als informeller Mitarbeiter (Propagandist) einer Erdölfirma, einer als heimlicher Agent der Holzfirmen gegenüber Dorfgemeinschaften. Auch Projekte können scheitern. Einmal wurde übersehen, dass der Boden nicht für ein an sich sehr überzeugendes Projekt geeignet war, ein andermal konnte die geplante Unterkunft für Schüler*innen doch nicht gebaut werden, weil der Dorfchef das Grundstück in der Stadt zwar bezahlt hatte, er aber betrogen worden war: Auf der früheren Abwassergrube konnte nicht gebaut werden. Eine aus unseren

Mitteln finanzierte Nähmaschine für eine Gruppe von Frauen wurde selbstherrlich von einer konfisziert und okkupiert.

Dass wir als Arbeitskreis überhaupt über Geldmittel verfügen können, verdanken wir Spenden, manchmal Zuschüssen öffentlicher Stellen, Stiftungen und Preisgeldern, und unserem eigenen Einsatz (indem wir etwas herstellen und verkaufen, zum Beispiel den Regenwaldkalender). Wir sind sicher keine leichten Partner*innen für die Asháninka, denn wir sind auch in einigen Punkten unerbittlich:

Kooperationsanfragen müssen von indigenen Organisationen kommen. Wir verlangen zwar keine Antragsprosa oder Spendenpoesie, aber so konkrete Informationen, dass wir uns vorstellen und einschätzen können, wie durch wen was und warum durchgeführt werden soll. Wir müssen das dort beschlossene Vorhaben verstehen, es muss uns plausibel werden, wir fragen nach und stellen dabei auch penetrante Fragen oder diskutieren Alternativen. Transparenz von A bis Z und eine absolut zuverlässige Abrechnung mit Vier-Augen-Prinzip ist ein Muss für uns und schützt letztlich auch die Projektverantwortlichen gegen Verdächtigungen, sich zu bereichern.

Auch eine Partnerschaft mit Indigenen und ihren Organisationen existiert nicht losgelöst von einem größeren Zusammenhang; sie hat zu tun mit der Gesamtsituation in den beiden Ländern und den bestehenden – vor allem zivilgesellschaftlichen – Beziehungen. Aber das wäre eine neue Geschichte.

München, Februar 2022

(AK München – Asháninka)

15. Acht Jahre Freihandelsabkommen der EU mit Kolumbien und Peru

Eine ernüchternde Bilanz

Das Freihandelsabkommen der EU mit Peru und Kolumbien wurde 2012 im Europa-Parlament ratifiziert und ist seit 2013 in Kraft. Bereits nach fünf Jahren ergaben Untersuchungen, dass entgegen entsprechender Vereinbarungen im Abkommen arbeits- und umweltrechtliche Normen in Peru nicht erfüllt wurden. Außerdem hatte sich der Anteil völlig unverarbeiteter Produkte an den Exporten Perus nach Europa nicht vermindert, sondern erhöht. Die Weiterverarbeitung von Rohstoffen ist aber entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung Perus, da sie Wertschöpfung und neue Arbeitsplätze bedeutet.

Auch nach acht Jahren hat Peru viele Verpflichtungen des Abkommens nicht erfüllt.

Arbeitsrechtliche Normen

Der Export nicht traditioneller Agrarprodukte ist angestiegen: Peru gehört zu den zehn größten Produzenten von Agrargütern. Es ist der größte Produzent von Spargel und Quinoa und der zweitgrößte von Avocados, Mangos, Blaubeeren und Walnüssen.

Im Agrarexport-Sektor sind aber noch immer internationale Normen für den Arbeitsbereich nicht erfüllt. Zwar hat die formelle Beschäftigung in diesem Bereich zugenommen, die ist aber meist zeitlich befristet und die Arbeitsverhältnisse sind prekär. Die Rechte der Beschäftigten sind beschnitten.

Im Abkommen mit der EU sind eine Reihe von Verpflichtungen enthalten (Titel IX über Handel und nachhaltige Entwicklung) die in Gesetzen und in der Praxis umgesetzt werden müssen.

In Peru gibt es immer noch einen hohen Anteil informeller Beschäftigungsverhältnisse. Es gibt keine Arbeitsgesetzgebung, keine Gewerkschaftsfreiheit und keine Möglichkeit für kollektive Verhandlungen (ILO-Konventionen 87 und 98). Peru hat einen der niedrigsten Mindestlöhne Lateinamerikas.

Umwelt-Normen

Entgegen den Verpflichtungen des Abkommens gab es verschiedene Lockerung von Umwelt-Vorschriften durch den peruanischen Staat, um Investitionen zu erleichtern;

- Es wurden Genehmigungen erteilt trotz schädlicher Auswirkungen von Unternehmen
- Gesetze wurden geändert um Rohstoffe unkontrolliert abbauen zu können
- Umweltverträglichkeitsprüfungen wurden aufgeweicht
- Indigene Territorien wurden nicht respektiert.

Die EU-Handelskommissarin Malmström hatte sich bereits vor über drei Jahren nach Einreichung einer ausführlichen Beschwerde peruanischer und europäischer NGOs über die fehlende Erfüllung der Versprechen des Abkommens an die peruanische Regierung gewandt: "...Wir sind besonders besorgt über die Defizite bei der wirksamen Umsetzung der IAO-Übereinkommen 87 und 98 über die

Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts und des Rechts auf Tarifverhandlungen..." die Vereinfachung der Verwaltungsverfahren in

Umweltangelegenheiten darf nicht zu einer Verschlechterung des Umweltschutzes führen. Letzteres stünde nicht im Einklang mit den Bestimmungen des Titels über Handel und nachhaltige Entwicklung”.

Dialog mit der Zivilgesellschaft

Das Abkommen mit der EU sieht einen Mechanismus für die Konsultation und den Dialog mit der Zivilgesellschaft vor (Titel IX, Artikel 281). Die dort vorgesehenen Ausschüsse oder Gruppen können Stellungnahmen und Empfehlungen zur Anwendung abgeben.

Dieser Dialog ist nicht verbindlich, er existiert in Wirklichkeit, den nationalen Mechanismen in Peru, nur auf dem Papier: die vorgesehenen Räume beziehen zwar Akteure der zivilgesellschaftlichen

Organisationen ein, es handelt sich aber nicht um rein zivilgesellschaftliche Räume. Es fehlt ihnen an Unabhängigkeit, sie werden durch Regierungsvertreter geleitet, die die Tagesordnung bestimmen und es bisher versäumt haben, die Debatte und den Dialog über das Abkommen zu fördern.



Billigmilch aus der EU im peruanischen Supermarkt ©Hildegard Willer

Wie hat sich der Handel verändert?

Bei den Exporten hat es eine Verschiebung gegeben: Der Export von Mineralien hat ab- und der Export von Agrarprodukten hat zugenommen. Es hat also keine Diversifizierung gegeben, der Austausch von Rohstoffen aus Peru und industriellen Fertigprodukten aus Europa ist geblieben.

Perus Handelsüberschuss mit der EU ist von 1.824 Mio. USD im Jahr 2013 auf 1.695 Mio. USD im Jahr 2020 gesunken. Der Trend ist eindeutig.

Die EU ist nach wie vor einer der wichtigsten Handelspartner Perus, wenn auch nicht mehr der wichtigste, wie es vor der Unterzeichnung des Freihandelsabkommens der Fall war.

Billig-Importe aus der EU bringen Kleinbauern in Bedrängnis

Bereits vor über einem Jahr haben wir in InfoPeru Nr. 74 darüber berichtet, dass durch den Freihandelsvertrag zollfreie Landwirtschaftsimporte aus der EU Kleinbauern in Peru verdrängen:

„Mit oder kurz nach Inkrafttreten des Freihandelsvertrags hat sich die Situation für die peruanischen Kleinbetriebe, die für den einheimischen Markt produzieren, durch die großen Importmengen und die fallenden Preise der Importprodukte verschlechtert: es droht durch den Konkurrenzdruck Verschlechterung der Situation bzw. die Verdrängung der Betriebe, die dieselben oder ähnliche Produkte anbauen.“ Nutznießer der Marktöffnung waren die großen Agrarbetriebe. Sie werden auch – im Gegensatz zu den Familienbetrieben- vom peruanischen Staat unterstützt.

Importierte Pommes Frites haben 2018 und 2019 23 Prozent der Menge der auf dem Markt in Lima angebotenen Kartoffeln ausgemacht, das bedeutet eine Verdrängung einheimischer Kartoffelprodukte.

Der Import von Milchpulver und Käse hat ebenfalls negative Auswirkungen auf die bäuerlichen Kleinbetriebe, die Milche und Käse produzieren.

Empfehlungen peruanischer Organisationen (Red Peruana por una Globalización con Equidad – RedGE)

- Es ist dringend notwendig, die Auswirkungen der Liberalisierung des Handels in unseren Ländern unter Beteiligung der verschiedenen Akteure, einschließlich der Zivilgesellschaft, zu
- bewerten, um die von uns gewünschte Handelspolitik zu entwickeln.

- Die Auswirkungen auf unsere Innenpolitik und Souveränität müssen bewertet und berücksichtigt werden, und es müssen Mechanismen zur Beteiligung der Bürger geschaffen werden.
- Festlegung des von uns gewünschten Handels, der die regionale Integration fördert und nicht die Agenda der transnationalen Interessen für gültig erklärt, indem er ein extraktivistisches Entwicklungsmodell festschreibt, das den Menschenrechten keine Priorität einräumt.
- Neu verhandeln oder aufkündigen.

Vorhaben europäischer NGOs

Die Plataforma Europa-Peru (PEP), in der die Infostelle Peru mitarbeitet, hat auf ihrer Sitzung am 03.12.21 verschiedene Inzidenz-Aktionen empfohlen, darunter

- die Fortsetzung des politischen Drucks für die Umsetzung der Empfehlungen, die als Konsequenz einer Beschwerde peruanischer und europäischer NGOs gegen die peruanische Regierung wegen der fehlenden Erfüllung der Versprechen des Vertrags 1917 formuliert wurden¹⁾
- die Sichtbarmachung der speziellen Ausbeutungsbedingungen, unter denen Frauen leiden in Tätigkeiten, die mit dem Handel zwischen der EU und Peru stehen (speziell in der Textil- und der Agrarindustrie).

Jimi Merk

Quellen:

- Präsentation „TLC: Y eso como se come“ von Ana Romero (RedGE) beim webinar “Konsequenzen von Handelsliberalisierung für den globalen Süden” am 18.11.2021 (power shift)
- http://www.redge.org.pe/sites/default/files/Reporte_impactos_TLC_Peru_UE.pdf
- Protokoll der Asamblea de la PEP vom 03. Dezember 2021
- <https://www.infostelle-peru.de/wirtschaft-und-bergbau/freihandelsvertrag-freie-fahrt-fuer-pommes-und-milch-aus-der-eu/>
- <https://www.europaperu.org/la-pep-presenta-una-queja-a-la-comision-europea-sobre-los-incumplimientos-del-peru-al-acuerdo-comercial-en-materia-ambiental-y-laboral/>

16. ISP-News Februar 2022

Neues aus der Arbeit der ISP

Initiative Transparente Zivilgesellschaft: Wir sind dabei!

Die Infostelle hat sich der Initiative Transparente Zivilgesellschaft angeschlossen. In Deutschland gibt es keine einheitlichen Veröffentlichungspflichten für zivilgesellschaftliche Organisationen. Dabei hilft Transparenz, die eigene Arbeit für die Öffentlichkeit sowie Spender*innen und Spender nachvollziehbar zu machen und so Vertrauen und Glaubwürdigkeit zu stärken.

Auf Initiative von Transparency International Deutschland e.V. haben im Jahr 2010 zahlreiche Akteure aus der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft zehn grundlegende Punkte definiert, die jede zivilgesellschaftliche Organisation der Öffentlichkeit zugänglich machen sollte. Bisher haben sich 1575 Organisationen der Initiative angeschlossen. Jetzt auch die ISP. Die [zehn grundlegenden Punkte](#) sind ab sofort auf unserer Webseite einsehbar.

Neu: Lobbyregister des Deutschen Bundestags

Seit diesem Jahr müssen sich alle, die in irgendeiner Form Lobbyarbeit im Bundestag oder gegenüber der Bundesregierung machen, in ein öffentlich zugängliches [Lobbyregister](#) eintragen. Damit soll mehr Transparenz hergestellt werden, wer auf die Bundespolitik Einfluss nimmt. Da wir uns immer wieder – vor allem in Form von Briefen, aber auch in direkten Gesprächen – mit Anliegen wie etwa den Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen oder eine gerechtere Handelspolitik an Mitglieder des Bundestags wenden, sind die Infostelle und demnächst auch die Kampagne Bergbau Peru ebenfalls im Lobbyregister eingetragen.

Neu: IAN-Dossier Menschenrechte 2022

Das Bündnis Internationale Advocacy Netzwerke IAN, bei dem die ISP seit 2019 Mitglied ist, hat mit einem virtuellen parlamentarischen Frühstück Bundestagsabgeordnete auf die aktuelle Menschenrechtslage in 17 Ländern des Globalen Südens aufmerksam gemacht und politische Handlungsempfehlungen gegeben. Dabei wurde explizit auch die Situation der indigenen Bevölkerung in Peru thematisiert. Aus Anlass des Gesprächs hat IAN ein Dossier „Menschenrechte 2022 – Aktuelle Lage in 17 Ländern“ herausgegeben, das [hier](#) downgeloadet werden kann.

Umweltrechte in einem Europäischen Lieferkettengesetz verankern

135 Organisationen fordern die Berücksichtigung von Umweltrechten in dem geplanten Europäischen Lieferkettengesetz. In der [Erklärung](#), die die ISP und die Bergbau-Kampagne mit unterzeichnet haben, heißt es: „Die Gewinnung von Mineralien wie Lithium, Kupfer, Gold oder Nickel sowie große agrarindustrielle Monokulturen tragen in den Ländern des Globalen Südens in hohem Maße zur Zerstörung der biologischen Vielfalt bei. (...) Die Europäische Union ist einer der größten Verbraucher dieser Rohstoffe. Daher ist es für uns als Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen klar, dass die Europäische Union die Verantwortung hat, diese Auswirkungen zu vermeiden und zu beheben, indem sie verantwortungsvolle Produktions- und Konsummuster fördert und die Unternehmen zur Einhaltung der Sorgfaltspflichten in Bezug auf die Umwelt und Menschenrechte verpflichtet.“ Beispielhaft wird das Abkommen von Escazú genannt, das die Rechte der von Umweltkonflikten betroffenen Gemeinschaften stärkt

Hauptversammlung beim Hamburger Kupferimporteur Aurubis

Am 17.02.2022 fand die Hauptversammlung der Aurubis AG statt. Die Kampagne Bergbau Peru beteiligt sich seit einigen Jahren im Bündnis mit dem Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre und weiteren Organisationen an den jährlichen Aktivitäten, Kritik an der Konzernpolitik in Bezug auf Umwelt und Menschenrechte zu üben. Dazu gehört auch, dass wir auf der virtuellen Hauptversammlung unbequeme Fragen an den Vorstand der AG stellen. In diesem Jahr wollten wir wissen, wie die Maßnahmen zur Achtung der Menschenrechte und für Umweltschutz in den Kupferminen in Peru konkret aussehen. Aurubis zog sich auf allgemeine Aussagen zurück, dass sie im Rahmen ihres „Business Partner Screenings“ Aspekte wie Menschenrechte, Arbeitsbedingungen und Korruption bei ihren Lieferanten prüften. Wie aber NGOs und Betroffene einbezogen werden, darüber erfuhren wir auch auf Nachfrage nichts. Auf die Frage, wie Aurubis reagiert, wenn z.B. bekannt wird, dass es beim Betrieb einer Mine zu Gesundheitsschäden bei den Anwohner*innen kommt und sie in Peru ihre Rechte auf Beseitigung der Ursachen und auf Wiedergutmachung oder Entschädigung nicht geltend machen können, lautete die Antwort des Vorstandsvorsitzenden, dass die Betroffenen die in Peru vorhanden rechtlichen Instrumente nutzen können und dies funktionieren und daher keine Maßnahmen von Aurubis nötig seien. Eine enttäuschende Antwort: Aurubis verschließt die Augen vor der Realität in den peruanischen Abbaugebieten und will sich aus der Verantwortung ziehen. Gleichzeitig sind die Lieferbeziehungen so intransparent, dass wir keine Handhabe haben, einen konkreten Fall mit Aurubis in Verbindung zu bringen.

Für mehr Informationen und zur gemeinsamen Pressemitteilung:

<https://www.kampagne-bergbau-peru.de/kampagnen/lieferkettengesetz/ist-aurubis-auf-das-lieferkettengesetz-vorbereitet/>

17. Ankündigungen und Hinweise

InfoBlätter

Kurz vor Jahresende sind noch drei neue [InfoBlätter Peru](#) herausgekommen. Sie können auf unserer Webseite downgeloaded werden. Gerne schicken wir auch gedruckte Exemplare zu (auch in größerer Menge zum Auslegen und Weiterverteilen). Bestellungen an info@infostelle-peru.de.

Materialien für Globales Lernen

für Schule, Jugend- und Erwachsenenbildung

Aus realen Situationen lernen: am Beispiel Peru, amazonischer Regenwald und Klima.

Ebenso neu auf unserer Homepage sind die [Materialien für Globales Lernen](#):

Quiz / Rollenspiele / Fallbeispiele / Strategie- und Planspiele / Gedichte / Weisheiten.

Die authentischen Texte und aus der Realität formulierten Szenarien sind für unterschiedliche Altersstufengruppen in der formellen und der informellen Bildung angelegt. Themen sind Konsum, Frauenperspektiven, Regenwald und indigene Völker, Entwicklung und Modernisierung, Klima und Menschenrechte. Sie lassen sich vielfältig erweitern. Die Beispiele eignen sich für unterschiedlich große Gruppen und Zeiträume.

Erste spontane Reaktionen: „Tolles Material!“ „Tut not!“ „Wow, ein echtes Pfund!!!“ „Super Material!“ „Eine wahre Fundgrube mit vielen anschaulichen Beispielen, didaktisch gut aufbereitet und auch unterhaltsam. Da ist einiges für die eigene Arbeit dabei.“ (Prof. Dr. Peter Franz Lenninger, Katholische Stiftungshochschule München)

Wenn Peruaner Deutsche werden

Das Problem des Verbots der doppelten Staatsangehörigkeit und Lösungsmöglichkeiten

17 Februar 2022 | 19 Uhr | online

In Deutschland lebende Peruaner*innen müssen für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit die peruanischen Staatsangehörigkeit aufgeben. Über die aktuelle gesetzliche Lage und Perspektiven für die Zukunft diskutieren S.E. Herr Elmer Schialer, Botschafter der Republik Peru in Deutschland, und Milagros Portocarrero-Psaltiras vom Kollektiv „Nacionalidad Peruana“.

Nähere Infos und Anmeldung [hier](#).

Frauenrechte in Peru. Eine Bilanz zum Weltfrauentag**10 März 2022 | 19 Uhr | online**

In Peru kämpfen die Frauen nicht um die Quote, sondern um die Existenz. Alle zwei Tage wird hier eine Frau ermordet, zwei Drittel sind schon einmal Opfer sexueller Gewalt geworden. Seit der Pandemie hat die Gewalt gegenüber Frauen noch einmal zugenommen. Gleichzeitig erheben immer mehr Frauen in diesem von Machismo geprägten Land ihre Stimmen. Feministische und soziale Bewegungen setzen sich für ein Ende der Gewalt und die Stärkung der Rechte von Frauen ein. Wie haben sich die Frauenrechte in Peru in den letzten Jahren entwickelt? Was wurde erreicht, was gibt es zu tun?

Mit

- Tarcila Rivera, Chirapaq (Centro de Culturas Indígenas del Perú)
- Ruth Buendía, CARE (Central Asháninka Rio Ene)
- María Ysabel Cedano, DEMUS (Estudio para la Defensa de los Derechos de la Mujer)

Nähere Infos und Anmeldung hier.

Save the Date: Peru-Seminar 2022. Peru.Klima.Gerecht. Herausforderungen für eine Klimapolitik auf Augenhöhe**29 April bis 1. Mai 2022 | Köln**

Das Peru-Seminar findet 2022 wieder im Tagungshaus St. Georg in Köln statt und wird teilweise auch online auf Zoom übertragen.

Nähere Infos und Programm ab Ende Februar auf unserer Homepage

Save the Date: Bergbau-Kampagne auf dem 102. Dt. Katholikentag**25.-29. Mai 2022 | Stuttgart**

Podium „Grüne Technologien hier? Zerstörung und Armut dort. Umwelt- und soziale Probleme des Kupferabbaus in Peru“

Donnerstag, 26. Mai 2022, 16.30 bis 18.00 Uhr

Nähere Infos und Programm folgen.

Aktiv werden: Urgent Action für minderjährige Flüchtlinge in Peru

Die [Eilaktion](#) von amnesty international, zu der wir im letzten InfoPeru aufgerufen haben, war erfolgreich: Das peruanische Außenministerium informierte Amnesty International am 17. Dezember darüber, dass 4.244 minderjährige Asylsuchenden in Peru der Einwanderungsstatus aus humanitären Gründen gewährt wurde. Jetzt haben diese Minderjährigen Zugang zu Grundrechten wie Bildung und Gesundheit.

Impressum

Sie können den Newsletter bestellen über die Webseite der Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an newsletter@infostelle-peru.de

Redaktion: Hildegard Willer, Heinz Schulze, Annette Brox

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt und von Caritas international.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor und Caritas international, vom Referat Weltkirche der Erzdiözese Freiburg, von der Christlichen Arbeiterjugend Freiburg sowie von zahlreichen Mitgliedern und Spender*innen.